

# NEUE ZEIT

---

W O C H E N S C H R I F T

---

## INHALT

Deutschlands staatliche Gestaltung . . . . .	1
A. LEONTJEW — Zur Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands . . . . .	3
S. LIPATOW — Das Komplott gegen die Ungarische Republik . . . . .	7
Internationale Umschau (Notizen) . . . . .	11
G. KARPOW — In Wien (Reisenotizen) . . . . .	15
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen . . . . .	19
Kritik und Bibliographie:	
Professor S. BORISSOW — Harold Nicolsons Allegorien . . . . .	22
V. BERESHKOW — Der Faschismus in England . . . . .	24
Aus dem Briefkasten der Redaktion . . . . .	28
Chronik der internationalen Ereignisse . . . . .	31

13

28. März 1947

---

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

**Schriftleiter: W. BERESIN**

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

---

---

## Deutschlands staatliche Gestaltung

DER AUSSENMINISTERAT ist gegen Ende der zweiten Woche seiner Moskauer Tagung zur Erörterung der provisorischen politischen Organisation Deutschlands übergegangen, einer Frage also, die in der ganzen Welt das ernsteste Interesse findet.

Gegenwärtig steht Deutschland unter der Kontrolle der vier verbündeten Mächte, was diesen eine bestimmte Verantwortung für das Schicksal des Landes und für die allgemeine Richtung seiner künftigen Entwicklung auferlegt. Die Politik der Besetzungsbehörden, ihre Tätigkeit bzw. manchmal Untätigkeit ist bestimmd für die Situation, in der die in Deutschland geschaffenen demokratischen Parteien, freien Gewerkschaften und alle anderen demokratischen Institutionen zu wirken haben. Von der Politik der Besatzungsmächte hängt in hohem Grade die erfolgreiche Lösung der überaus wichtigen Aufgabe ab, die Überreste des deutschen Faschismus auszurotten und die reaktionären Kräfte in die Schranken zu weisen.

Gelingt es, Deutschland in einen wirklich demokratischen, friedliebenden Staat zu verwandeln, so bedeutet das, den gefährlichsten Aggressionsherd in Europa zu vernichten. Klar ist deshalb, wie wichtig es ist, daß die Formen der staatlichen Gestaltung Deutschlands völlig den Aufgaben seiner Demokratisierung entsprechen, wie sie in den historisch bedeutsamen Beschlüssen der Konferenzen der drei Großmächte in Jalta und Potsdam formuliert worden sind. Tendenzen, von diesen Beschlüssen abzuweichen, bergen unweigerlich die ernstesten Gefahren. Zuweilen werden solche Tendenzen mit einer Evolution in den Anschauungen motiviert, wie sie mit der Zeit eintreten könne. Spricht man jedoch schon von Evolution, so muß sie vor allem bestimmt werden durch den Grad des realen Fortschritts bei der Demokratisierung Deutschlands. Eine Evolution dagegen, die eine Abkehr von den grundlegenden Prinzipien der Beschlüsse von Jalta und Potsdam, die eben gerade die Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands verlangen, bedeuten würde, ist für die nach Frieden strebenden Völker unannehmbar.

Als wichtigstes Ziel der provisorischen Gestaltung Deutschlands muß die Schaffung maximaler Garantien dafür gelten, daß die noch bei weitem nicht ausgerotteten Kräfte des Militarismus und Faschismus es nicht fertigbringen, sich aufs neue beherrschender Stellungen zu bemächtigen

und der Nachkriegsentwicklung Deutschlands die von ihnen gewünschte Richtung zu geben. Von nun an muß das politische Leben des Landes sich fest in den Händen der demokratischen Elemente befinden. Eben gerade das hatte die Potsdamer Konferenz im Auge, als sie die Frage einer Dezentralisierung der politischen Struktur Deutschlands aufwarf. Damals war von dem hitlerfaschistischen Deutschland die Rede, wo die autonome Verwaltung der Länder beseitigt worden war, um eine faschistische und auf faschistische Art zentralisierte Staatsverwaltung zu schaffen. Die Interessen der Demokratisierung Deutschlands verlangten vor allem ein neues Funktionieren der demokratischen örtlichen Selbstverwaltungsorgane, einschließlich der Provinzialverwaltungen und Länderverwaltungen, und ebenso die Wiederzulassung der demokratischen Parteien. Jetzt, wo diese Aufgabe bereits erfüllt ist, erhebt sich in voller Größe die Frage der Schaffung einer deutschen Zentraladministration und zugleich der Durchführung vorbereitender Maßnahmen zwecks Bildung einer provisorischen Regierung Deutschlands.

Die Sowjetvorschläge, die W. M. Molotow am 22. März dem Außenministerat unterbreitet hat, gehen von den folgenden Grundsätzen für die Schaffung einer provisorischen politischen Organisation Deutschlands aus:

a) Das politische System Deutschlands soll einen demokratischen Charakter tragen, und die Machtorgane sollen auf Grund demokratischer Wahlen geschaffen werden;

b) die von den Hitlerfaschisten durchgeführte Zentralisation der Staatsverwaltung, die die Landtage und die autonome Verwaltung der Länder beseitigt hat, soll liquidiert werden, mit der Maßgabe, daß die Dezentralisation der Verwaltung, die vor der Aufrichtung des Hitlerregimes bestanden hat, wiederhergestellt wird, wobei auch die Landtage und zwei gesamtdeutsche Kammern wiederherzustellen sind;

c) es soll eine provisorische deutsche Regierung geschaffen werden, die, indem sie die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands sichert, gleichzeitig auch die Verantwortung übernehmen könnte für die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den verbündeten Staaten.

Ausgehend von diesen Thesen wird als erster Schritt zur Bildung einer provisorischen deut-

ischen Regierung, entsprechend dem Beschuß der Potsdamer Konferenz, die Schaffung einer Anzahl deutscher Zentraldepartements — für Finanzen, Industrie, Verkehrswesen, Postwesen, Außenhandel — vorgeschlagen. Die Ausarbeitung einer provisorischen demokratischen Verfassung soll dem Kontrollrat anvertraut werden, der die demokratischen Parteien, die freien Gewerkschaften und andere nazifeindliche Organisationen, außerdem Vertreter der Länder, in dieser Angelegenheit zu hören hätte.

Die weiteren Etappen wären Wahlen zu den obersten Organen der Staatsgewalt, in Übereinstimmung mit der provisorischen deutschen Verfassung, und die Bildung einer provisorischen deutschen Regierung. Die ständige Verfassung Deutschlands, die vom deutschen Volk zu bestätigen sein wird, soll dafür sorgen, daß Deutschland sich auch weiter als ein friedlicher und demokratischer Staat entwickelt.

Im Zusammenhang mit der Frage nach der Ausgangsbasis für das Staatssystem Nachkriegsdeutschlands lenkte W. M. Molotow die Aufmerksamkeit auf die Weimarer Verfassung, die eine demokratische Gestaltung und Autonomie der Länder und der örtlichen Selbstverwaltungen, Betätigungs freiheit für die demokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen vorsah. Es handelt sich natürlich darum, die annehmbaren und nützlichen Elemente zu benutzen, die dieser Verfassung entnommen werden können, und anderseits die nötigen Verbesserungen und Korrekturen daran vorzunehmen.

Außerordentlich wichtig ist, daß das deutsche Volk durch seine Zentralregierung selbst die Verantwortung trage für die Erfüllung so wichtiger Aufgaben wie die Ausrottung der Überreste des Militarismus und Faschismus, die Durchführung einer allseitigen Demokratisierung des Landes und die Verwirklichung von Maßnahmen zwecks Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft, ebenso wie die unbedingte Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den verbündeten Staaten.

Die Sowjetvorschläge sind gegen die offenen und versteckten Versuche gerichtet, Deutschland als selbständigen Staat zu vernichten, und ebenso gegen die gegenwärtig in bestimmten Kreisen weithin in Umlauf befindlichen Projekte, die seine Zerstückelung bezeichnen.

Eine Zersplitterung Deutschlands würde einerseits die Gefahr hervorrufen, daß einzelne Teile seines Territoriums zu Kolonien der englischen und der amerikanischen Monopole gemacht werden, die das zweifellos anstreben. Auf der anderen Seite würde sie in letzter Instanz zur Entstehung einer nationalistischen Bewegung für eine

Vereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Revanche führen. Deshalb bergen die Zerstückelungsprojekte, mit welcher Soße sie auch aufgetischt werden, die Quelle neuer Konflikte. Die Völker verlangen indessen einen dauerhaften Frieden und erwarten eine Lösung des deutschen Problems, die zur Sicherung eines anhaltenden Friedens beiträgt. Kennzeichnenderweise leugnet in offiziellen Ausführungen niemand, daß Deutschland in einen friedliebenden, demokratischen Staat verwandelt werden muß. Viele für seine staatliche Gestaltung ausgearbeitete konkrete Pläne aber stehen unzweifelhaft in Widerspruch zu diesem Ziel. Das sind die Pläne, die verlangen, daß die gesamte Macht den Ländern gehöre, während die deutsche Zentralregierung nur über den Schatten einer Macht verfügen soll. Eine solche Regierung wäre unfähig, ein friedliches und demokratisches Deutschland zu schaffen, sie könnte die Erfüllung der Verpflichtungen, die das deutsche Volk gegenüber den Verbündeten trägt, nicht gewährleisten.

Die auf die Zerstückelung Deutschlands gerichteten Pläne sind eingegeben von den Interessen der Monopolkreise, die ihre eigenen Ziele verfolgen und nach der Weltherrschaft streben.

Es gibt gegenwärtig bekanntlich nicht wenige Politiker, die immer wieder von der Unvermeidlichkeit einer Teilung der Welt in zwei Blocks — den „Osten“ und den „Westen“ — reden. Solche Leute sind natürlich Gegner der staatlichen Einheit Deutschlands und seiner Demokratisierung. Ihre Stellungnahme aber ist ja unvereinbar mit den Interessen eines dauerhaften Völkerfriedens. Die Sowjetöffentlichkeit ist davon überzeugt, daß eine Teilung der Welt in zwei feindliche Lager keineswegs unvermeidlich ist, obwohl sie sich zugleich auch Rechenschaft ablegt über die Schwierigkeiten, die einer einheitlichen Stellungnahme der verbündeten Großmächte bei der Lösung der Nachkriegsprobleme im Wege stehen. Diese Schwierigkeiten werden erheblich vergrößert durch die Quertreibereien der Feinde der internationalen Zusammenarbeit, die in den angelsächsischen Ländern über großen Einfluß verfügen. Kein Zweifel jedoch — und die Erfahrungen der Nachkriegszeit bestätigen dies —, daß sich ein gemeinsamer Boden für ein annehmbares Abkommen in der Frage der künftigen staatlichen Gestaltung Deutschlands finden läßt. Voraussetzungen eines solchen Abkommens sind selbstverständlich nicht nur guter Wille, sondern vor allem wirkliches Streben nach Realisierung der edlen und gerechten Ziele, die von offiziellen Tribünen herab deklariert werden. Ein dauerhafter Friede kann nur erreicht werden durch ehrliche Zusammenarbeit der großen Siegermächte.

# Zur Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands

A. LEONTJEW

**D**IE ERÖRTERUNG der Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und des damit unauflöslich verbundenen Reparationsproblems auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats hat in der Weltöffentlichkeit die stärkste Beachtung gefunden. Das kann auch nicht wundern, denn eine positive Lösung der mit Deutschland zusammenhängenden Wirtschaftsprobleme wäre von kardinaler Bedeutung nicht nur für die Zukunft dieses Landes, sondern auch für die Garantierung des Friedens und der Sicherheit in Europa, ja der ganzen Welt.

Eine notwendige Voraussetzung für die richtige Lösung des Problems besteht darin, eine wahrheitsgetreue und genaue Vorstellung über die in dieser Frage vorhandenen Ansichten und Vorschläge zu gewinnen. Eine solche Vorstellung aber versuchen sich die Organe, die berufen sind, die öffentliche Meinung des Auslands zu informieren, keineswegs immer zu bilden. Wir sprechen schon gar nicht von dem Strom direkter Falschmeldungen über die Sowjetvorschläge, den die reaktionären Zeitungen und Rundfunkredakteure aller Länder fließen lassen. Selbst diejenigen Kommentatoren, die sich den Anschein geben, von guten Wünschen für unser Land erfüllt zu sein, beleuchten das Wesen der Sache nicht selten äußerst voreingenommen.

Nehmen wir das Beispiel des Londoner Rundfunkkommentators Peter Petersen, der sich am 19. März in deutscher Sprache vernehmen ließ. Seiner Meinung nach müßte man, wenn man von Einzelproblemen absieht und die Sache auf einen gemeinsamen Nenner bringt, zu der Schlußfolgerung gelangen, die Sowjetpolitik strebe die Sanierung der deutschen Wirtschaft und die wirtschaftliche Vereinigung an, in erster Linie zwecks Verwirklichung eines auf weite Sicht und längere Dauer geplanten Programms deutscher Reparationslieferungen an die Sowjetunion, während die westlichen Alliierten, vor allem Großbritannien und die USA, das gleiche Sanierungsziel verfolgen, jedoch mit der Maßgabe, daß in nächster Zeit nicht nur Deutschland, sondern auch Österreich, Mitteleuropa und der ganze europäische Kontinent menschenwürdige Lebensbedingungen erhalten.

Nachdem er das Wesen der Meinungsverschiedenheiten in dieser Weise definiert hat, fügt der

Kommentator hinzu, das sei natürlich eine stark vereinfachte Formulierung, aber ihm scheine, daß sie dem Wesen der Frage entspreche.

Diese Ausführungen des Londoner Rundfunkkommentators, der die deutsche Hörerschaft über die Verhandlungen des Außenministerrats unterrichtet, sind sehr bezeichnend. Grobe Ausfälle gegen die Sowjetpolitik findet man hier nicht. Im Gegenteil, der Kommentator will den Eindruck der Objektivität hervorrufen, indem er der Sowjetpolitik ein Streben nach „Sanierung der deutschen Wirtschaft“ und wirtschaftlicher Vereinigung Deutschlands zuschreibt. Gleichzeitig wird der Sowjetpolitik die englisch-amerikanische entgegengestellt, die es sich zur Hauptaufgabe mache, „menschenwürdige Lebensbedingungen“ für den ganzen europäischen Kontinent zu erringen, während die Sowjetunion vor allem die ihr zustehenden Reparationen einstreichen wolle.

Eine solche Darstellung ist außerordentlich kennzeichnend für Kreise, die gegebenenfalls der Sowjetunion sogar ihr Mitgefühl aussprechen anläßlich der von ihr gebrachten Opfer.

Dem Sowjetpublikum gegenüber lassen diese Kreise sich dahin vernehmen, das Sowjetvolk habe natürlich ein Anrecht auf Reparationen, niemand leugne das. Was aber könne man machen, wenn die Umstände stärker seien als man selber, wenn höhere Interessen es nicht gestatteten, aus der laufenden Produktion Reparationen abzuzweigen, und die Möglichkeit, Reparationen in Form von deutschen Betriebsausrüstungen zu leisten, stark eingeschränkt werde? Was könne man tun, wenn die Aufgabe der Sanierung der Volkswirtschaft Deutschlands und des Wiederaufbaus der gesamten europäischen Wirtschaft es erforderlich mache, daß die deutschen Werte in erster Linie verwendet werden, um den notwendigen deutschen Import zu decken?

Hieraus wird die Schlußfolgerung gezogen, der Balancierung der Außenhandelspläne Deutschlands gebühre die „Priorität“ gegenüber den deutschen Reparationsverpflichtungen. Die deutschen Werte, so sagen die Anhänger dieses Standpunktes, müssen vor allem verwendet werden, um die für Deutschland notwendige Rohstoff- und Lebensmittelimport zu decken. Bleibt hiernach noch etwas übrig, so kann es für Reparationen an die Sowjetunion und die anderen durch die

Hitleraggression verheerten Länder verwendet werden. Gleichzeitig wird jedoch zu verstehen gegeben, auf irgendwelche Überschüsse sei nicht zu rechnen.

Der Londoner Rundfunkkommentator, nachdem er die Meinungsverschiedenheiten über die wirtschaftliche Seite des deutschen Problems auf seine Weise vorgetragen hat, fügt hinzu, seine Formulierung entspreche dem Wesen der Frage. Gerade umgekehrt. Diese Formulierung widerstreift in keiner Weise das Wesen der Frage.

In der Tat. Viele Monate lang hat die reaktionäre englisch-amerikanische Presse wie aus einem Munde die Sowjetunion beschuldigt, sie sei ein Gegner der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und hinterstriebe diese wirtschaftliche Einheit. Durch dieses Argument deckten sich insbesondere die englischen und die amerikanischen Behörden, als sie ihr Abkommen über den wirtschaftlichen Zusammenschluß ihrer Besatzungszonen trafen. Dieses Abkommen war bekanntlich nicht nur eine einseitige, willkürliche Verletzung der historisch bedeutsamen Beschlüsse der Berliner Konferenz, sondern es dokumentierte darüber hinaus auch den offenen Kurs auf die Zersplitterung Deutschlands sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Beziehung.

Tatsachen sind jedoch ein hartnäckig Ding. Dem Außenminister sind unwiderlegliche Beweise für die zahlreichen Schritte vorgetragen worden, die die Sowjetunion unternommen hat, um die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands zu verwirklichen. Nur wegen des Widerstands der anderen Besatzungsmächte führten diese Schritte zu keinem günstigen Resultat. Kein Wunder, daß sich die Gegner der Einheit Deutschlands jetzt schleunigst umstellen mußten.

Läßt sich denn etwa leugnen, daß die Sowjetunion schon auf der Berliner Konferenz im Juli 1945 vorgeschlagen hat, das Problem der politischen Einheit Deutschlands sofort zu lösen durch die Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung, was natürlich für die Sicherung seiner wirtschaftlichen Einheit von weittragender Bedeutung gewesen wäre? Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht realisiert, weil die Vertreter Englands und der USA nicht einverstanden waren. Läßt sich weiterhin leugnen, daß die Sowjetseite wiederholt nachdrücklich vorgeschlagen hat, einen einheitlichen Reparationsplan für Deutschland auszuarbeiten und auch sonst Maßnahmen zu treffen, um die Wirtschaftspolitik der Besatzungsbehörden in den verschiedenen Zonen zu koordinieren? Auch diese Vorschläge blieben wiederum unrealisiert. Schließlich hätte die wirtschaftliche Einheit Deutschlands viel gewinnen können durch die Herstellung

einer gemeinsamen Kontrolle der vier Besatzungsmächte über das wirtschaftliche Herz Deutschlands, das Ruhrgebiet. Der entsprechende Vorschlag der Sowjetdelegation stößt jedoch bekanntlich auf den hartnäckigen Widerstand Englands.

Worin besteht das wirkliche Wesen der Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Reparationen und der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands? Die Vertreter Großbritanniens und der USA stellen die Sache so hin: man könne nicht weiter eine Situation dulden, die zur Folge habe, daß England und Amerika die Kosten der Besetzung Deutschlands bestreiten, während die Sowjetunion aus ihrer Zone Reparationen erhalte. Es sei notwendig, daß die in der Sowjetzone erzeugten Lebensmittel nach Westdeutschland gingen, dann würden die englischen und die amerikanischen Steuerzahler von der Notwendigkeit befreit werden, die Hunderte von Millionen Dollar aufzubringen, die die Besatzungsbehörden für die Ernährung der Bevölkerung Westdeutschlands verausgaben.

Diese Fragestellung ist eine typische Halbwahrheit, die dem bekannten Sprichwort zufolge schlimmer ist als eine ganze Lüge. Die andere Hälfte der Wahrheit besteht darin, daß, während die Besatzungsbehörden in den westdeutschen Zonen bestimmte staatliche Mittel für unaufschöbbare Bedürfnisse verausgaben, ein Riesenstrom von Werten, der diese Summen um viele dutzendmal übertrifft, aus Westdeutschland nach England und Amerika fließt. Diese Werte bestehen aus Betriebseinrichtungen, die aus Deutschland ausgeführt werden, aus deutschen Vermögenswerten, die von Engländern und Amerikanern für ein Spottgeld zusammengeramscht werden, aus wissenschaftlichen und technischen Dokumenten, in denen die Errungenschaften der deutschen Technik niedergelegt sind und die ein Gewicht von vielen Tonnen erreichen, aus deutschen Produktionspatenten, aus deutschen Gelehrten, die in Massen exportiert werden, usw.

Man könnte natürlich einwenden, daß alle diese deutschen Werte in den allermeisten Fällen nicht in die Staatskasse gelangen, sondern in die Geldschränke der englischen und amerikanischen Monopole. Man könnte sogar sagen, es sei eine gewisse Ungerechtigkeit, daß die Ausgaben für die Besetzung Deutschlands den englischen und amerikanischen Steuerzahldern zur Last fallen, während die Oberschicht des Monopolkapitals sich an dieser Besetzung gesundstößt. Wir in der Sowjetunion geben gern zu, daß eine solche Sachlage ungerecht und widersinnig ist. Derartige Ungerechtigkeiten und Widersinnigkeiten gibt es

jedoch bekanntlich hienieden noch manche. Klar ist, daß sie sozusagen zu den häuslichen Angelegenheiten der angelsächsischen Länder gehören und in keiner Weise auf das Konto der Sowjetunion und der von ihr durchgeführten Politik gesetzt werden können.

Wenn also eine englische Zeitung vor kurzem darüber empört tat, daß die Engländer eine Kuh fütterten, die von anderen gemolken werde, so kann man dieser Zeitung nur eine einzige vernünftige Antwort geben. Sie muß diese „anderen“, die die deutsche Kuh aus Leibeskräften melken, vor allem in ihrem eigenen Lande, aber auch in Amerika suchen.

Somit erkennt man die völlige Unstichhaltigkeit des Arguments vom Wohle der Steuerzahler, deren Interessen angeblich erheischen, daß die Sowjetunion keine Reparationen erhalte. Mit Befürfungen auf die stummen Steuerzahler verdeckt man in diesem Fall ganz andere Interessen — die Interessen der englischen und amerikanischen Monopole mit ihrem unersättlichen Appetit, die, nicht zufrieden mit dem, was sie bereits in Deutschland eingesteckt haben, immer wieder neue Beute heischen. Warum aber sollen die Interessen dieser Shylocks die Priorität haben vor den Reparationsforderungen der Sowjetunion und der anderen durch die Hitleraggression verheerten Länder? Weshalb sollen die Monopole, die sowieso durch den zweiten Weltkrieg fett geworden sind, ein Vorrecht haben gegenüber denen, die zu verlangen berechtigt sind, daß der Schaden wiedergutgemacht werde, den die deutschen Okkupanten dem lebendigen Volkswirtschaftsorganismus unserer Heimat und der anderen Länder des europäischen Kontinents zugefügt haben?

Weiter argumentiert man mit der Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zwischen der Einfuhr und der Ausfuhr Deutschlands herzustellen. Man sagt uns, alle überschüssigen Werte, über die die Volkswirtschaft aller Zonen Deutschlands verfüge, müßten vor allem dafür verwendet werden, um amerikanische Zahlungsmittel zu erwerben zur Bestreitung der Einfuhr von Lebensmitteln und anderen Waren, die für das normale Funktionieren der deutschen Wirtschaft und einen normalen Lebensstandard der deutschen Bevölkerung erforderlich seien. Dieses Argument ist offenbar auch für die deutsche Bevölkerung gedacht. Man braucht sich jedoch nur die wirklichen Verhältnisse im heutigen Deutschland anzusehen, um sich handgreiflich davon zu überzeugen, daß auch dieses Argument nicht mehr ist als ein taktisches Manöver, dazu bestimmt, die wirklichen Beweggründe einer bestimmten Sorte Politik nicht aufzudecken, sondern im Gegenteil zu verhüllen.

In der Tat sollte man meinen, daß die Besatzungsmächte, wenn sie daran interessiert wären, daß der deutsche Ausfuhrhandel recht viele amerikanische Zahlungsmittel zur Bestreitung der deutschen Einfuhr abwerfe, die Entwicklung der Exportwirtschaft in ihren Besatzungszonen fördern müßten. Alle Beobachter aber, die in den westdeutschen Besatzungszonen gewesen sind, berichten über ganz entgegengesetzte Tatsachen.

Aus den westdeutschen Zonen laufen zahlreiche Meldungen ein, die davon zeugen, daß die Besatzungsbehörden, ohne die notwendigen Maßnahmen zur Liquidierung des Kriegspotentials der deutschen Industrie zu ergreifen, wie das in den Berliner Beschlüssen vorgesehen ist, einen außerdörflichen Eifer gerade bei der Vernichtung der deutschen Exportindustrie zeigen. Amerikanische und besonders englische Zeitungen haben nicht wenige konkrete Tatsachen angeführt, die besagen, daß Vertreter Neuyorker, Londoner, Sheffielder und anderer Firmen nach Deutschland gereist sind, um mit denjenigen deutschen Firmen der entsprechenden Industriezweige, die vor dem Kriege mit ihnen konkurriert haben, aufzuräumen. So wurden Maschinenfabriken, Betriebe für Feinmechanik, chemische Werke und Textilbetriebe vernichtet.

Die englischen und amerikanischen Monopolisten waren hocherfreut über die Möglichkeit, sich ihrer deutschen Konkurrenten, die ihre Produkte in der Regel zu billigeren Preisen auf den Weltmarkt warfen und den Engländern bzw. Amerikanern dadurch diese oder jene Märkte entrisen, so leicht und so rasch zu entledigen. Man begreift auch, daß diejenigen Kreise des englischen und amerikanischen Monopolkapitals, die schon jetzt um das Problem der auswärtigen Märkte besorgt sind, die Einschränkung der Exportkapazität Deutschlands für eine positive Erscheinung halten. Was aber haben hiermit die Interessen der Völker, die Interessen einer gesunden Wirtschaft, die Interessen Deutschlands und des europäischen Kontinents zu tun? Es ist klar, daß solche Phrasen nur dazu bestimmt sind, die wahren Ziele zu vernebeln.

Aus allem Gesagten erhellt, weshalb bestimmte Kreise der USA und Englands sich den von der Sowjetunion geforderten Reparationslieferungen aus der laufenden deutschen Friedensproduktion hartnäckig widersetzen. Man beruft sich zuweilen auf die ungünstigen Erfahrungen mit der Reparationspolitik nach dem ersten Weltkrieg. Derartige historische Parallelen aber entbehren jeder Begründung. Die Naturallieferungen aus der deutschen Produktion, die der Versailler Vertrag vorsah, sind ja aus dem einfachen Grunde gescheitert, weil eine Realisierung dieser Lieferungen

nicht nach dem Herzen der Privatkapitalisten der Länder, die die Reparationen zu erhalten hatten, vor allem Frankreichs, war, da ein Zufluß deutscher Waren den sowieso beschränkten Absatzmarkt dieser Länder eingeengt hätte.

Heute handelt es sich um etwas ganz anderes. Der Hauptanwärter auf Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion der deutschen Industrie ist die Sowjetunion, deren Planwirtschaft eine Überproduktion von Waren bzw. ein Fehlen von Absatzmärkten nicht zu fürchten hat.

Vielleicht aber ist der Verdacht berechtigt, daß die Reparationslieferungen aus der laufenden deutschen Produktion geeignet wären, zu einem unerwünschten Wachstum der deutschen Industrie zu führen? Die historischen Erfahrungen der Periode nach dem ersten Weltkrieg geben jedoch auch zu dieser Schlußfolgerung keinen Anlaß. Die deutschen Imperialisten haben bekanntlich das Kunststück, ihre Industrie, vor allem ihr kriegswirtschaftliches Potential in kurzer Zeit wiederherzustellen, zu modernisieren und zu erweitern, nicht dank den Reparationslieferungen fertiggebracht, sondern dank dem reichlichen Zufluß ausländischer Kapitalien, vor allem amerikanischer und englischer. Was nun die Gegenwart betrifft, so weiß man, daß der einseitige Beschuß über die Vereinigung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland von der Ausarbeitung bestimmter Wirtschaftspläne begleitet war, die darauf berechnet sind, der deutschen Industrie englische und amerikanische Kapitalien zuzuführen.

Berücksichtigt man ferner, daß die Besatzungsbehörden beider Zonen nicht nur faktisch die Berliner Beschlüsse über die Liquidierung des kriegswirtschaftlichen Potentials Deutschlands hintertreiben, sondern diese ihre Politik auch mit Betrachtungen darüber verhüllen, es sei unmöglich, zwischen Kriegs- und Friedensindustrie zu unterscheiden, so wird das Bild vollends klar. Es zeugt davon, daß die Gefahr einer Wiederherstellung der Kriegsmacht Deutschlands durchaus nicht durch die berechtigten Reparationsforderungen der Sowjetunion, die u. a. aus der laufenden Produktion der deutschen Friedensindustrie zu befriedigen wären, hervorgerufen wird. Im Gegenteil, diese Gefahr ist die direkte Folge der von den amerikanischen und englischen Behörden betriebenen Politik.

Die Einwände gegen Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion der deutschen Friedensindustrie sind von den eigennützigen Interessen angelsächsischer Monopolistengruppen

eingegeben. Sie haben nichts gegen die Aufrechterhaltung der ökonomischen Basis des deutschen Imperialismus in Gestalt seiner kriegsindustriellen Konzerne. Sie wollen jedoch nicht, daß die Friedensindustrie Deutschlands, die, wieder auf die Beine gekommen, Massen wohlfeiler Waren auf den Weltmarkt zu werfen vermag, wirklich wiederhergestellt und weiterentwickelt werde. Eine solche Sachlage wäre unvorteilhaft für die Monopolisten, die danach streben, den Weltmarkt uneingeschränkt zu beherrschen und ihn zu ihren Gunsten auszunutzen, indem sie die Preise nach ihrem Guttunken diktieren. Die treibenden Motive der kapitalistischen Monopole sind begreiflich. Eine berechtigte Frage ist jedoch, was die Interessen der Völker, die Interessen der Sicherheit und des Friedens damit zu tun haben.

Die Schlußfolgerungen sind somit nicht schwer zu ziehen. Die Meinungsverschiedenheiten über die wirtschaftliche Einheit Deutschlands und das Reparationsproblem sind durchaus nicht von solcher Art, wie die englische und die amerikanische Propaganda, auch diejenige, die sich hinter der Maske äußerlichen Wohlwollens für die Sowjetunion verbirgt, es hinzustellen beliebt. In Wirklichkeit stehen die Interessen des Sowjetvolks in dieser Frage, die von den Sowjetvorschlägen zum Ausdruck gebracht werden, völlig im Einklang mit den Interessen der anderen Völker, mit der wirklichen und nicht fiktiven Sorge für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands und für seine Einbeziehung in die Weltwirtschaft und den Welthandel zum Wohle des ökonomischen Wiederaufbaus und der weiteren Entwicklung aller Länder. Die Vorschläge aber, die man den Sowjetforderungen entgegenstellt und mit Berufungen auf die Interessen einmal der englischen und der amerikanischen Steuerzahler, dann wieder der deutschen Bevölkerung selbst oder auch der Völker des europäischen Festlandes maskiert, werden in Wirklichkeit von den eigennützigen Bestrebungen des Monopolkapitals der beiden angelsächsischen Länder eingegeben, dem nicht das Aufblühen des europäischen Kontinents am Herzen liegt, sondern das weitere Wachstum seiner ohnehin schon maßlosen Profite.

Gerade aus diesem Grunde bemühen sich bestimmte Kreise, die wichtige Frage der ökonomischen Einheit Deutschlands und der deutschen Reparationen zu verwirren. Die Klärung dieser Fragen ist eine notwendige Voraussetzung für die richtige Orientierung der öffentlichen Meinung und für eine positive Lösung dieses Problems.

# Das Komplott gegen die Ungarische Republik

S. LIPATOW

Die AUFDECKUNG des Komplotts gegen die Ungarische Republik hat ans Tageslicht gebracht, daß die streitbaren Reaktionäre in diesem Lande sich nicht nur auf ein Netz illegaler faschistischer Organisationen, sondern auch auf Gewährsleute in Ministerien sowie in gesellschaftlichen und politischen Vereinigungen gestützt haben. Auch vorher hatte man gewußt, daß Vertreter der Horthykreise sich in Ämtern des Staatsapparats einschleichen, um ihre früheren Positionen wieder zu besetzen, man hatte aber nicht gewußt, daß die sogenannte „legale“ und die illegale Tätigkeit der Reaktion völlig aufeinander abgestimmt war und daß diese Kreise ausgedehnte außenpolitische Beziehungen unterhielten.

Jetzt hat die in aller Öffentlichkeit abgehaltene Gerichtsverhandlung in Budapest gezeigt, daß führende Kreise der Partei kleiner Landwirte an dem Komplott aktiv beteiligt gewesen sind. Es genügt, an den Generalsekretär Béla Kovács, an Endre Mistéth, Minister für Bauwesen und öffentliche Arbeiten, sowie an eine Gruppe ungarischer Diplomaten im Ausland zu erinnern, insbesondere an Tamás Szabó, Gesandtschaftsrat in London, der eine Rückkehr in die Heimat ablehnte. Dieser Verschwörer hat sich übrigens einer besonderen Chiffre bedient, mit deren Hilfe die Verbindung zwischen gewissen Persönlichkeiten in London und Budapest hergestellt worden ist.

Es hat sich ferner ergeben, daß die Auslandsbeziehungen der Verschwörer sich keineswegs auf den Kontakt der antirepublikanischen Zentrale in Budapest mit den im benachbarten Österreich „internierten“ Horthyanhängern beschränkten und daß diese Beziehungen mit Wissen und nicht ohne das Dazutun einer Reihe von Vertretern der dortigen britischen und amerikanischen Militärbehörden unterhalten wurden. Ihre Beziehungen waren viel ausgedehnter, sie bedienten sich, wie nachgewiesen wurde, sogar offizieller Kanäle und Organe des Nachrichtendienstes gewisser Staaten.

Jetzt ist bereits klar, daß die Verschwörer gemeinsam mit ihren Freunden im Ausland sich weitgehende Ziele gesteckt hatten. Das Komplott bezweckte die Vernichtung der in Ungarn bestehenden republikanischen Staatsordnung, die von der vom ungarischen Volk in freier Willensäußerung gewählten Nationalversammlung geschaffen worden ist. Die Horthyverschwörer machten es sich zur Aufgabe, die legitime Regierung Ungarns gewaltsam zu stürzen und das faschistisch-

monarchistische Regime Horthys und seiner Clique wiederaufzurichten. Sie hatten bereits ihre „Gegenregierung“ in petto, die nach der Vernichtung der Republik die Macht ergreifen sollte. Die Verschwörer waren bestrebt, alle in Ungarn herbeigeführten und einmütig vom Volke gebilligten Umgestaltungen zu liquidieren, namentlich aber die Bodenreform rückgängig zu machen und den Großgrundbesitzern ihren Boden zurückzugeben.

Wenn daher die ausländischen Gönner der ungarischen Verschwörer den plumpen Versuch machen, die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Behörden, die die Verbrecher vor Gericht gebracht haben, in Zweifel zu ziehen, so decken sie damit nur ihre Karten auf. Offenbar ist die Entlarvung der Verschwörer ihren ausländischen Advokaten vor allem deshalb so unangenehm, weil eins der Hauptziele des vorbereiteten faschistischen Umsturzes darin bestand, Ungarn im Interesse gewisser Auslandskreise in ein bequemes Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu verwandeln.

Vorerhand beschränkte sich die „außenpolitische“ Tätigkeit der Verschwörer auf Diversionsakte und Spionage gegen die Streitkräfte der Sowjetunion. Sie warteten einen geeigneten Augenblick ab, um auch das „große politische Spiel“ zu beginnen, trafen die nötigen Vorbereitungen, schürten künstlich sowjetfeindliche Stimmungen im Lande und organisierten Terrorakte gegen Offiziere und Soldaten der Sowjetarmee.

Selbst die Führung der Partei kleiner Landwirte konnte nicht leugnen, daß eine die junge ungarische Republik bedrohende Zentrale bestanden und hinter ihrer Partei Deckung genommen hat. Sie gab das allerdings nicht sofort zu. Einige Zeit nach der Aushebung der ersten Gruppe faschistischer Verschwörer wußten die Volksmassen noch nichts von der Existenz einer umfangreichen horthyfaschistischen Organisation, die sich auf gewisse Kreise der Partei kleiner Landwirte stützte. Man wußte nur von der Aushebung einer Geheimorganisation, der Ungarischen Gemeinschaft (Magyar közösség), die ihr Verschwörerwerk angeblich durch ein rätselhaftes „Komitee der Sieben“ leitete. Bald aber stellte es sich heraus, daß das Komplott gegen die Republik in Wirklichkeit von einer Gruppe alter Horthyanhänger gefingert wurde, die den Spitzen der Partei kleiner Landwirte angehörte. Béla Kovács, der

Generalsekretär dieser größten Partei der Regierungskoalition, war einer der Hauptträdelsführer des faschistischen Komplotts.

Das Komplott wurde kunstvoll mit einem mystischen Nebel umgeben, um die längst bloßgestellte reaktionäre Ungarische Gemeinschaft von den sorgfältig getarnten Horthyanhängern in der Führung der Partei kleiner Landwirte streng zu trennen. Diese Horthyanhänger brauchten eine Atempause, um ihre Kräfte umzugruppieren. Charakteristisch in diesem Zusammenhang ist die Haltung der Parteiführer in den ersten Tagen nach der Entlarvung Béla Kovács'. Es wurde unverzüglich das Gerücht in Umlauf gebracht, daß gewisse Führer der Partei kleiner Landwirte, darunter auch Béla Kovács, nichts von dem Komplott gewußt hätten und daß sie nur von den Verschwörern aus der Ungarischen Gemeinschaft „beeinflußt“ worden seien. In Wirklichkeit hat nicht diese Organisation Béla Kovács „beeinflußt“, nicht sie hat ihm politische oder gar organisatorische Anweisungen gegeben, sondern umgekehrt, sie selbst erhielt ihre Direktiven von Béla Kovács, d. h. von den reaktionären Elementen der Partei kleiner Landwirte.

Seine Direktiven bezogen sich sogar auf Fragen wie die technische Ausbildung oder die Verbindung mit Horthyanhängern, die sich in Österreich verschanzt haben. Béla Kovács erhielt allerdings auch Anweisungen durch die Ungarische Gemeinschaft, sie rührten jedoch von Organen eines anderen Staates her, dessen Nachrichtendienst die Ungarische Gemeinschaft ausgiebig finanzierte.

Das waren die Verbindungen, die ein Teil der Führung der Partei kleiner Landwirte mit der Ungarischen Gemeinschaft unterhielt, was übrigens auch nicht weiter verwunderlich ist. Die Ungarische Gemeinschaft, die über zehn Jahre legal existiert hatte, ist in der ungarischen Reaktion niemals führend gewesen. Sie hat niemals deren Politik und Taktik bestimmt, bildete vielmehr nur ein Werkzeug der Horthyanhänger, mit dessen Hilfe sie Verbindungen teils in Staatsapparat und Heer, teils mit gewissen Auslandskreisen aufrechterhielten. Auch nach dem Sturz des Horthyregimes, als die Ungarische Gemeinschaft illegal wurde, spielte sie ihre Helferrolle weiter.

Durch die Aufdeckung des antirepublikanischen Komplotts wurde zunächst nur die Ungarische Gemeinschaft kompromittiert. Seine tatsächlichen Organisatoren suchten die in der Partei kleiner Landwirte verschanzten Hochverräter zu decken. Béla Kovács und seine Komplizen glaubten, nicht alle Fäden seien aufgedeckt, und so gingen sie zum Angriff über.

Die Presse der Partei kleiner Landwirte machte sich mit Feuereifer an die Verbreitung des Ge-

rücks, daß die Linksparteien das Ausmaß des Komplotts aufbauschten, um der führenden Partei der Regierungskoalition einen Schlag zu versetzen. Der reaktionäre Teil der Londoner und Neuyorker Presse kam der Horthyclique zu Hilfe. Die „New York Times“ eiferte gegen die angebliche Absicht der Linksparteien, die Kunde von dem Komplott zur Aufrichtung einer „komunistischen Diktatur“ auszunutzen. Mit Hilfe von Falschmeldungen sollten weitere Enthüllungen abgewendet werden.

Die ersten Verhandlungen in Sachen des antirepublikanischen Komplotts rücken jedoch die Tatsachen in ein grettes Licht. Béla Kovács leitete die praktische Tätigkeit der Partei kleiner Landwirte sowie ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Hilfsorganisationen, deren bedeutendste der Bauernbund war. Es zeigte sich, daß in diesen Organisationen nicht nur antirepublikanische Stimmungen gepflegt wurden, sondern Terroristen, Diversanten und Spione eine Spezialausbildung erhielten, um später gegen die Sowjetarmee, namentlich zu Meuchelmorden an Sowjetmilitärs, ausgenutzt zu werden.

\* \* \*

Das Horthyunwesen ist die ungarische Spielart des Faschismus, die auf dem Nährboden der für 1919/20 — die Jahre der ungarischen Konterrevolution — charakteristischen Antisowjetysterie großgeworden ist. Die Feindseligkeit gegen das Sowjetland trieb die Horthyclique dem erstbesten imperialistischen Staat, der die Führung im „Feldzug gen Osten“ übernahm, in die Arme. Die Verräterrolle der Horthyclique, die Ungarns Unabhängigkeit an Hitler verschacherte, hat das zur Genüge gezeigt.

Ein Streifzug in die Geschichte bringt aber auch einige andere Tatsachen ans Tageslicht. So z. B. die, daß der Horthyclique schon längst nicht mehr nur Führer der damaligen Regierungspartei Ungarisches Leben (Magyar élet), sondern auch manche Führer der 1928 entstandenen Unabhängigen Partei kleiner Landwirte angehört haben. Organisator und Führer dieser neuen sogenannten Oppositionspartei war Tibor Eckhardt, der 1919/20 Horthy sehr nahestand. Die Horthyanhänger in der Führung der Partei kleiner Landwirte waren bestrebt, ihre Partei zu einem Reservestützpunkt der reaktionären regierenden Kreise zu machen. Eben zu diesem Zweck spielten sie auch die Rolle der „Opposition“ und deckten sich mit demokratischen Phrasen, ohne die die Bauernmassen nicht für die Partei gewonnen werden konnten. Horthy und seine rechte Hand, der reaktionäre Graf Bethlen, wußten sehr wohl, daß zu Führern einer Partei, die mit dem Feuer der Unzufriedenheit der Bauern spielte, nur ganz

erprobte Männer wie Eckhardt und seine Gehilfen eingesetzt werden konnten, die im Handumdrehen zu „Oppositionellen“ und „Demokraten“ geworden waren. Als gewiefter Schwindler arbeitete Eckhardt, nachdem er seine Tätigkeit in der Partei kleiner Landwirte aufgenommen hatte, bald mit faschistischen Rassentheorien, bald mit demokratischen Parolen.

\* \* \*

Charakteristisch für die organisatorischen Methoden der Verschwörer ist, daß sie sich in ihrer Wühlarbeit hauptsächlich des Bauernbundes bedienten, dessen ganze Leitung in die schmutzigen Geschäfte der Verschwörer verwickelt war. Anfang Januar d. J. ersetzen die Führer der Partei kleiner Landwirte unter dem Druck der unteren Parteiorganisationen und des Bauernbundes selbst die gesamte Bundesleitung durch eine neue. Die Eile, mit der das geschah, erklärt sich aber nicht nur aus der Unzufriedenheit der Mitgliedermasse der Partei, mit der man zu rechnen hatte, sondern auch aus der Absicht, Spuren zu verbergen, die über den Bauernbund keineswegs zur Bauernschaft, sondern zu den ehemaligen Gutsbesitzern und zu den das faschistische Komplott finanzierenden Banken führten, während der Bauernbund, seinem Programm gemäß, die „gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Be lange der Bauernschaft“ zu vertreten hatte.

Die Leitung des Bauernbundes wie auch der ihm angegliederten Bauerngenossenschaft wurde aus den vertrauenswürdigsten Horthyfunktionären der Ungarischen Gemeinschaft zusammengestellt. Unter ihnen befand sich u. a. der Horthyanhänger Fitos, der Leiter der Sozialabteilung des Bauernbundes, der seinerzeit offen erklärt hatte, daß „ein Bauer kein Abgeordneter sein darf“, ferner Heder, Ratgeber des Bundes in wirtschaftlichen und genossenschaftlichen Fragen, der die Bauern zur Verweigerung der Lieferungen an den Staat aufforderte. Unter Horthy war Heder Leiter des Außenhandelsbüros gewesen und hatte, wie er in der Voruntersuchung gestand, bereits damals „spezielle Verbindungen“ zu einer andern Macht hergestellt.

Nicht uninteressant ist, daß der Bauernbund Anfang 1941 von der damaligen Regierungspartei Ungarisches Leben und von der Partei kleiner Landwirte gegründet worden ist, deren Führer, Graf Teleki und Eckhardt, offen und gemeinsam auf die Verwirklichung des berüchtigten „Bodenpachtgesetzes“ hinarbeiteten, das von der Horthy- clique als Gegengewicht gegen die von den Bauern geforderte radikale Bodenreform aufgestellt wurde. Zum Vorsitzenden des Bauernbundes wurde damals das prominente Mitglied der Partei kleiner Landwirte Ferenc Nagy gewählt.

Als Horthy das Scheitern des Hitlerabenteuers im Osten kommen sah, begann er sich danach umzusehen, wie man sich der neuen Situation anpassen könnte. Zu diesem Zweck wurde, wie beabsichtigt, die auf England orientierte Partei kleiner Landwirte als Reservepartei Horthys aufrechterhalten. Die Horthy- clique beschloß, die Partei kleiner Landwirte in die Illegalität zu „treiben“ und den Bauernbund entsprechend zu reorganisieren. Nach 1943, als Horthy, Kalley und Konsorten zu einer „abwartenden“ Taktik übergingen, wurde der Bund in einen illegalen Apparat der jetzt wieder auf London orientierten Horthy- politiker verwandelt.

Nach der Landung der alliierten Truppen in Italien ging die Horthy- clique zu einer regen Tätigkeit hinter den Kulissen über. Ihre Sendboten tauchten bald in der Türkei, bald in der Schweiz auf und suchten Beziehungen zu englischen und amerikanischen Kreisen anzuknüpfen. Große Hoffnungen setzten die Horthy- politiker auf eine eventuelle Verwirklichung der Churchillschen Variante der „zweiten Front“ auf dem Balkan. Churchill seinerseits beabsichtigte, Horthy und seine Anhänger weitgehend heranzuziehen. Er würdigte sie sogar seines besonderen Lobes.

Bald aber scheiterte die Hoffnung auf eine „zweite Front“ vom Süden her und mit ihr die Hoffnung Horthys auf den Einmarsch britischer und amerikanischer Armeen in Ungarn. Die Sowjetarmee befreite das Land von den Nazitruppen. Horthy „abwartende Taktik“ hatte Hitler und seinen Szálasylakaien die Möglichkeit gegeben, Ungarn in einen Kriegsschauplatz, seine Städte und Industriezentren in Schutthaufen zu verwandeln.

In den ersten Monaten nach der Vertreibung der Hitlertruppen und nach dem Beginn der demokratischen Umgestaltung Ungarns verschwand der Bauernbund von der Bildfläche. Er trat erst wieder hervor, als die Partei kleiner Landwirte zu neuem Leben erwachte und sich der Front der nationalen Unabhängigkeit Ungarns anschloß. Die aus der Horthy- schule hervorgegangenen antide- mokratischen Politiker in der Parteiführung, die ein Komplott gegen das republikanische System und die legitime Regierung vorbereiteten, beschlossen, sich auch unter den neuen Verhältnissen auf den Bauernbund, auf seine früheren Verbindungen und das Netz seiner Organisationen zu stützen.

\* \* \*

Die buntscheckige Gesellschaft der ungarischen Faschisten hatte ein Vierteljahrhundert lang dem Henker des Volkes, Horthy, Gefolgschaft geleistet. Unter seiner Leitung wurde sie in faschistischer Praxis und pseudodemokratischer Demagogie gedrillt. Die jetzt zerschlagene, aber noch nicht liquidierte ungarische Reaktion vermochte

im Laufe der letzten beiden Jahre, sich umzu gruppieren und ihre Agentur in einer der Massenparteien des Landes zu erweitern.

Mit Hilfe demokratischer Phrasen und mit Unterstützung ihrer Freunde innerhalb und außerhalb des Landes besetzten die Reaktionäre wichtige Positionen im Staats- und Wirtschaftsapparat Ungarns. Sie erhielten die Möglichkeit, auf die Wirtschaftspolitik mancher Regierungsorgane einen zwar oftmals heimlichen, aber doch bedeutenden Einfluß auszuüben. Die reaktionären Gruppen suchten den Wiederaufbau des Landes anfangs zu sabotieren, später aber (nicht nur während der Inflation, sondern auch während der Stabilisierung der neuen ungarischen Währung) suchten sie die ökonomische Entwicklung des Landes so zu lenken, daß die Früchte der ange strengten Arbeit der ungarischen Werktätigen den parasitären Schiebern zugute kämen. Die Horthyanhänger im „demokratischen“ Gewand wollten es schließlich dahin bringen, daß die wiederaufgebaute Volkswirtschaft Ungarns dem ausländischen Monopolkapital überlassen würde.

Die ungarischen Reaktionäre wandten sich nicht offen gegen den geplanten Wirtschaftsaufbau, durch den der Wohlstand der Volksmassen gehoben und die demokratische Entwicklung des Landes und dessen nationale Unabhängigkeit gefördert werden soll. Sie bereiteten sich darauf vor, nach „griechischem Muster“, d. h. durch einen blutigen Putsch mit Hilfe des Auslands, auch mit Hilfe der in Österreich „internierten“ ungarischen faschistischen Truppen, die Macht zu er greifen. Zu diesem Zweck sollte, wie gesagt, eine „Gegenregierung“ geschaffen werden. Kader wurden ausgebildet und entsprechende Verbindungen angeknüpft.

Durch die restlose Aufdeckung des Komplotts ist bekanntgeworden, daß die Rädelstührer der aus Horthyanhängern bestehenden leitenden Zentrale im Stab der Partei kleiner Landwirte saßen.

Die bäuerlichen Mitgliedermassen dieser Partei, die schon öfters ihre Unzufriedenheit mit der antidemokratischen Politik mancher Parteiführer und ihr Bestreben nach enger Zusammenarbeit mit den Linksparteien kundgetan haben, nahmen die Meldung von dem Komplott mit Beunruhigung auf. Sie sind alarmiert durch die Gefahr, die der Republik und dem Wohl von Hunderttausenden gestern noch landloser oder doch landarmer Bauern droht. Sie sind entrüstet darüber, daß die in die Parteiführung eingedrungene Gruppe von Reaktionären den Parteapparat zu antidemokratischen Zwecken, ja sogar zu gewalt samen Versuchen ausnutzt, das ungarische Volk seiner ersten demokratischen Errungenschaften zu berauben. Diese Stimmungen der Bauernmassen

wurden auch in den Sitzungen des politischen Komitees der Partei kleiner Landwirte laut, die in den ersten Märztagen stattfanden. Nach langem Schwanken nahm die Parteileitung die Bedingungen der Linksparteien an und ging namentlich auch darauf ein, einige Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierung vorzunehmen und die Partei radikal von antirepublikanischen Elementen zu säubern.

Breite Schichten der Bauernschaft, die seinerzeit für die Partei kleiner Landwirte gestimmt haben, fordern jetzt ein engeres Zusammenwirken mit den Linksparteien. Das neue Abkommen der Partei kleiner Landwirte mit diesen bedeutet aber keineswegs, daß der reaktionäre Flügel der Führung dieser Partei seinen Machenschaften entsagt hat. Es besteht also alle Ursache zu der Annahme, daß die Gegner der Demokratie eine neue Umgruppierung ihrer Kräfte vornehmen, um den Kampf für die Wiederaufrichtung des Horthyregimes fortzusetzen, wobei sie selbst redend vor allem auf Hilfe vom Ausland rechnen.

Die Aufdeckung des antirepublikanischen Komplotts zeigt, daß es in Ungarn eine weitverzweigte Organisation von Horthyanhängern und Faschisten gibt. Die Existenz einer solchen Organisation widerspricht aber den von Ungarn im Friedensvertrag übernommenen internationalen Verpflichtungen. In Artikel 4 des Vertrages verpflichtet Ungarn sich, „ein Wiederaufleben solcher Organisationen nicht zuzulassen, deren Ziel darin besteht, die Völker ihrer demokratischen Rechte zu berauben.“ Die Entlarvung und Bestrafung der faschistischen Verschwörer ist notwendig nicht nur zur Stärkung der demokratischen Kräfte im Lande, sondern auch im Interesse der internationalen Sicherheit.

Die ungarische Reaktion ist, wie auch früher, bereit, die Interessen des Volkes, seine Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu verraten. Sie ist bereit, das Land in eine Halbkolonie des Auslandskapitals zu verwandeln und jeder beliebigen imperialistischen Gruppierung zu dienen, die der „geographischen Lage“ Ungarns Rechnung trägt. Das Komplott bezweckte eine Versklavung des ungarischen Volkes, eine Verwandlung des Landes in ein potentielles Aufmarschgebiet für einen neuen Krieg. Die demokratischen Kräfte Ungarns, darunter auch die Bauernmassen und der irregelmäßige, aber demokratisch und patriotisch gesinnte Teil der Gebildetenschichten innerhalb der Partei kleiner Landwirte, haben aus den in der Vergangenheit gesammelten Erfahrungen und aus den heute aufgedeckten Vorbereitungen zu einem faschistischen Umsturz ernstliche Lehren gezogen. Die Volksmassen Ungarns haben den Feind im eigenen Lande erkannt, sie werden imstande sein, seine Machenschaften zu durchkreuzen.

# Internationale Umschau

(Notizen)

## AUF DER SCHIEFEN EBENE

Die diplomatischen Vertreter zivilisierter Länder pflegen bestimmte Anstandsregeln zu beachten, die von ihnen u. a. verlangen, sich solcher Handlungen und Erklärungen zu enthalten, die geeignet wären, Leidenschaften wachzurufen und den Samen des Hasses zwischen Ländern, die normale Beziehungen miteinander unterhalten, auszustreuen. Leider ist in letzter Zeit in manchen Fällen zu beobachten, daß einige offizielle Vertreter der USA die allgemein übliche diplomatische Zurückhaltung verletzen. Wir wollen hierfür noch eine Tatsache anführen.

Spruille Braden, der stellvertretende USA-Staatssekretär für die Angelegenheiten der latein-amerikanischen Länder, erklärte am 19. März in einer Rede, seiner erlauchten Meinung nach sei es notwendig, den „Totalitarismus aller Schattierungen“ unverzüglich zu vernichten. Weiter forderte er zum Kampf gegen die „roten und schwarzen Faschisten“ auf. Er erläuterte seinen Gedanken wie folgt:

„Man nenne sie Kommunisten, Nazis oder bezeichne sie mit irgendeinem anderen Namen, alle sind von der gleichen totalitären Fasson und alle sind in gleichem Maße gefährlich.“

Die Enge oder Weite seines Verständnisses für die sozialen Probleme der Gegenwart wäre natürlich ausschließlich die persönliche Angelegenheit Bradens und böte nicht das geringste Interesse, wenn nicht zwei Umstände hinzuträten: erstens ist Braden stellvertretender Staatssekretär der USA und zweitens hält er es für möglich, seine Ansichten öffentlich darzulegen. Aus diesem Grunde muß seine Auffassung unter die Lupe genommen werden.

Braden fordert dazu auf, den „Totalitarismus aller Schattierungen“ zu vernichten... Totalitarismus hat nur einen Sinn als Synonym der Allmacht der Monopole auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens, wie sie für die Gegenwart so kennzeichnend ist. Diese Allmacht der Monopole hatte in faschistischen Ländern wie Deutschland, Italien und Japan ihre äußersten Formen erreicht, aber auch in anderen Ländern tritt sie immer stärker hervor. Ein Kenner der modernen Monopole wie der stellvertretende USA-Justizminister Wendell

Berge schreibt in seinem bekannten Buch „Cartels. Challenge to a Free World“ (Die Kartelle. Die Herausforderung einer freien Welt):

„Der Totalitarismus repräsentiert einfach die ultimative Vollendung des Kartellismus, den finalen, vollen Ausdruck der reaktionären Kräfte, die aus speziellen Privilegien herstammen...“

Mit dieser Definition des Totalitarismus kann man sich einverstanden erklären. Vermag Braden jedoch ernstlich die Vernichtung dieses Totalitarismus zu fordern?

Natürlich steht ihm nicht der Sinn nach einer solchen Aufgabe. Er verwendet das Wort Totalitarismus in einem anderen Sinn — in der Bedeutung, die Churchill in Umlauf gebracht hat und die eigens ausgedacht wurde, um die Wahrheit zu verdrehen und die fortschrittlichen demokratischen Staatssysteme als faschistisch hinzustellen.

Wenn feile Tintenkulis der Hearstpresse, die seinerzeit von Hitler nicht nur Orden, sondern durch dessen Bevollmächtigte wahrscheinlich auch eine hübsche Stange Geldes erhalten haben, sich über „rote und schwarze Faschisten“ ausspielen, so kann das schwerlich jemand wundernehmen. Die Handlanger der deutschen Faschisten versuchen, die Spuren ihrer schändlichen Taten zu verwischen und in den Köpfen ihrer Leser durch Redensarten über rote und schwarze Faschisten ein furchtbares Durcheinander anzurichten. Diese Leute arbeiten die deutschen Schmiergelder, die sie erhalten haben, gewissenhaft ab, wenn sie diejenigen besudeln, die im Kampf gegen den Faschismus am meisten Opfermut und Entschlossenheit bewiesen haben.

Was aber soll man von einem amerikanischen Diplomaten sagen, wenn er einerseits die Hitlerfaschisten und anderseits die fortschrittlichen Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus, die auf dem Altar des Kampfes gegen das faschistische Deutschland, das die Existenz aller anderen Länder, auch die der USA bedrohte, unzählige Opfer gebracht haben, in einen Topf wirft? Weiß Braden denn nicht, daß allein die Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei Frankreichs im Kampf gegen die Hitlerokkupanten 75 000 Todesopfer gebracht hat? Wie viele amerikanische Soldaten hätten umkommen müssen, wenn die Kommunisten der europäischen Länder keinen selbst-aufopfernden Kampf gegen die Hitlerfaschisten geführt hätten! Was läßt sich von einem offiziellen

amerikanischen Staatsmann sagen, der es sich gestattet, zu vergessen, daß die von den Kommunisten der Sowjetunion und der anderen Länder Europas gebrachten Opfer Millionen amerikanischen jungen Männern das Leben gerettet haben? Was können die amerikanischen Mütter, deren Söhne nur am Leben geblieben sind, weil die Kommunisten Europas Millionen von Hitlerfaschisten unschädlich gemacht haben, über Braden sagen?

Über ihn kann man nur sagen, daß er sich in einer seiner Stellung nicht angemessenen Rolle bewegt und sich auf einer schiefen Ebene befindet.

### AN DIE FALSCHE ADRESSE

Vor ein paar Tagen hielt William Benton, der stellvertretende USA-Staatssekretär für öffentliche Angelegenheiten (Public Affairs), eine Rede bei einem Lunch, der von der Assoziation der Auslands presse (Foreign Press Association) in New York veranstaltet worden war. In Anbetracht des besonderen Auditoriums hielt Benton eine ausführliche Rede über die Verderblichkeit der „internationalen Verleumdung“ (international libel).

Der Leser könnte staunen: ein solches Thema in New York behandeln, wo die monopolistische Presse Tag für Tag stinkende Ströme der schamlosen Lügen fließen läßt — das ist zum mindesten ebenso unvorsichtig, als wollte man im Hause des Gehängten vom Strick sprechen. Benton sprach jedoch von etwas anderem. Er brachte seine Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß die USA in vielen Ländern gegenwärtig stereotypweise in fünf Kategorien rubriziert werden, indem sie als ein imperialistisches, undemokratisches, militaristisches, reaktionäres und kulturell rückständiges Land bezeichnet werden.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als kritisierte Benton einige der ganzen Welt weit hin bekannte Tatsachen des gegenwärtigen politischen Lebens Amerikas, die zu der von ihm berührten Frage in direkter Beziehung stehen. Es bedarf keines besonderen Scharfblicks, um herauszufinden, daß z. B. eine bestimmte Beziehung besteht zwischen der kürzlich gehaltenen Rede des Präsidenten Truman und dem ersten der erwähnten „stereotypen“ Epitheta, die Bentons Unzufriedenheit hervorrufen; zwischen der scharfmacherischen Kampagne für das Verbot der Kommunistischen Partei und dem zweiten Epitheton; zwischen der Aufhäufung von Atombomben und der Standardisierung der Rüstungen einerseits und dem dritten Epitheton anderseits usw.

Aber nicht diese Tatsachen rufen die edle Ent rüstung Bentons hervor. Er schleudert Donner und Blitz gegen die — aus der Sowjetunion stammenden Informationen! Ihm mißfallen entschieden der Rundfunk, die Zeitschriften und Zeitungen der Sowjetunion, die trotz zahlreicher Hindernisse zu den Hörern und Lesern des Auslands gelangen. Er ist drauf und dran, im Namen der „Freiheit der Information“ das Abhören der Moskauer Rundfunksendungen zu verbieten.

Das ist die Logik Bentons. Sie zeigt, daß sein Auftreten wieder einmal ein Manöver ist, um die Aufmerksamkeit von den wirklichen Quellen der internationalen Verleumdungen abzulenken. Wollte er diese Quellen zeigen, so brauchte er nicht sehr weit zu laufen...

### ENGLAND UND DER „NEUE KURS“ DER AMERIKANISCHEN POLITIK

Man hat Grund zu der Annahme, daß die Folgen, die sich für England aus dem sogenannten neuen Kurs der amerikanischen Außenpolitik ergeben, von breiten Kreisen der öffentlichen Meinung Großbritanniens mit großer Beunruhigung aufgenommen worden sind, was um so natürlicher ist, als die Einbeziehung der englischen Politik in das amerikanische Fahrwasser in der englischen Öffentlichkeit überhaupt keine große Begeisterung hervorruft.

In den letzten Tagen eröffnete Premierminister Attlee eine Serie als Diskussion gedachter Rundfunksendungen mit der keiner Diskussion unterliegenden Aufforderung an das englische Volk, die Politik der Regierung zu unterstützen. Diese Rede hat in der Zeitschrift „New Statesman and Nation“ ein höchst interessantes Echo gefunden. Die Zeitschrift führt in einem redaktionellen Artikel aus, die Rolle eines Juniorpartners der USA lasse sich nicht zusammenreimen mit den von der englischen Labourregierung proklamierten Zielen. „New Statesman and Nation“ schreibt:

„Der Abgrund zwischen den sozialistischen Zielen der Innenpolitik der Regierung und dem von Bevin verkündeten Glauben, daß unsere Sicherheit von Amerika abhängt, wird mit jedem Tage immer evidenter. Die Kongreßbotschaft des Präsidenten hat diese Alternative nur noch einmal unterstrichen. Wenn Bevin recht hat, dann ist unser Kurs klar: Wir müßten Trumans offenerherige Erklärung begrüßen und in den Reihen der von den Amerikanern finanzierten antikommunistischen Achse unseren Platz einnehmen. Wir müßten die Führung Marshalls in Moskau akzeptieren und die Konferenz ausnutzen, nicht um den Versuch zu machen, eine Verständigung mit Rußland über die Schaffung eines einheitlichen Deutschlands und eines vereinigten Europas zu erzielen, sondern um zu demonstrieren, daß wir ein antikommunistisches Westeuropa

bauen können, stark genug, um dem russischen Vordringen zu widerstehen...

Seit achtzehn Monaten versucht die Regierung, sich selbst einzureden, daß die Tröstung mit der finanziellen und militärischen Unterstützung Amerikas vereinbar sei mit der Befolgung der UNO-Charte und mit den Bestimmungen des englisch-russischen Bündnisvertrages. Truman hat diese Illusionen ganz vorsätzlich zerstellt. Trumans Kongreßbotschaft macht es unmöglich, die Außenpolitik auf die eine oder die andere der beiden Parteien im Unterhaus zu orientieren (makes a bi-partisan foreign policy in the House of Commons impossible). Truman nötigt Attlee, entweder die Churchill-Linie zu adoptieren und allen Hoffnungen auf ein sozialistisches England zu entsagen, oder in der Außenpolitik entschlossen mit den Tories zu brochen."

Die Zeitschrift sieht zwei Möglichkeiten für England — entweder Trumans Führung zu akzeptieren und den obenerwähnten politischen Preis für die amerikanische Anleihe zu zahlen, oder aber die Innen- und Außenpolitik grundlegend zu revidieren. Die Handlungsweise der Labourregierung zeigt, daß sie sich für die erste dieser beiden Möglichkeiten entscheidet. Die Tatsachen besagen, daß die englischen Massen die zweite erwarten und wollen.

### DIE ATOMKANNIBALEN IN DEN KÄFIG!

Ein gewisser Virgil Dustin Jordan erklärte auf einer Versammlung im amerikanischen Institut der Ingenieure des Bergbaus und des Hüttenwesens in Neuyork, die USA müßten die Ordnung in der ganzen Welt aufrechterhalten und

„unbeschränkte Rechte auf laufende Inspektion und Kontrolle über alle industriellen Operationen und Prozesse und jede öffentliche Politik verlangen, die auch nur in der entferntesten Beziehung zur Rüstung und Kriegsführung steht“.

Jordan beschränkt sich nicht auf die Aufforderung an Amerika, zum internationalen Gendarmen zu werden. Er geht weiter und erklärt, die USA müßten viele Atombomben erzeugen, um die Möglichkeit zu haben, sie auf ein beliebiges Land abzuwerfen.

Das ist Jordan, der Vorsitzende des National Industrial Conference Board, einer reaktionären Organisation, die dazu da ist, den gierigen Appetit des amerikanischen Monopolkapitals ökonomisch zu begründen, und die von den einflußreichsten Vertretern der Geschäftskreise für ihre Mühen das entsprechende Entgelt erhält.

Ein Gesinnungsgenosse Jordans ist George Earle, früherer USA-Botschafter in Bulgarien, der während des Krieges Marineattaché in Stambul war. In den letzten Tagen forderte er in einer zu Philadelphia in einem Börsianerkub gehaltenen Rede ganz offen dazu auf, die Sowjetunion mit Atombomben zu bombardieren.

Die Persönlichkeit dieses Herrn ist recht bezeichnend. Vor etwa einem Jahre wurde in der Presse mitgeteilt, daß dieser amerikanische Diplomat 1943 in Stambul mit Papen verhandelt hat. Papen — bekanntlich einer der faschistischen Hauptkriegsverbrecher, die dann später vor das Nürnberger Militärtribunal kamen — strebte nach dem Abschluß eines Separatfriedens mit den USA und England. Die Bedingung, die er Earle stellte, war folgende:

„Die deutsche Wehrmacht bleibt unangestattet und wird mit eigenen Offizieren oder aber mit Offizieren der USA und Englands an der Ostfront eingesetzt.“

Mit anderen Worten, Papen trug Earle nicht mehr und nicht weniger an als ein Bündnis des faschistischen Deutschlands mit England und den USA zwecks Fortsetzung des Krieges gegen die Sowjetunion.

Seinerzeit ist es Earle nicht gelungen, ein Bündnis mit dem hitlerfaschistischen Deutschland zum Zwecke eines gemeinsamen Krieges gegen die Sowjetunion zustande zu bringen. Jetzt macht dieser amerikanische Exdiplomat seiner Wut über unser Land durch kannibalische Appelle Luft.

Man könnte sagen, Demokratie bedeute die Freiheit, die verschiedensten Meinungen auszusprechen. Dieser Sophismus ist den Völkern teuer genug zu stehen gekommen. So sprachen in Deutschland diejenigen, die Hitler zur Macht führten. So sprachen in der internationalen Arena diejenigen, die Hitler halfen, den Weltkriegsbrand zu entzünden.

Wer erinnert sich nicht, daß die Sache in Deutschland mit ganz ähnlichen kannibalischen Ausfällen begann? Schon während der Vorbereitung ihrer verbrecherischen Pläne hielten die Hitlerfaschisten blutrünstige Reden an die Adresse anderer Völker. Anderthalb Jahre vor seinem Machtantritt erklärte Hitler, er werde auf gesetzlichem Wege die Macht ergreifen und dann würden „Köpfe rollen“. Wer damals verlangte, den faschistischen Kannibalen in den Käfig zu sperren, wurde antideokratischer Tendenzen gezeihen. Wer verlangte, die Prediger der faschistischen Räubereien in die Zwangsjacke zu stecken, wurde beschuldigt, er hätte kein Verständnis für die wohltuende Kraft der Demokratie. Die Resultate sind allen in Erinnerung.

Leute wie Jordan oder Earle müssen in einen Käfig gesetzt und als Scheusale ausgestellt werden, die unwürdig sind, den Namen von Menschen zu tragen. Das erfordert die Lebensinteressen der Völker. Das erfordert das Andenken an die Millionen von Menschen, die im Kampf gegen die faschistische Pest ihr Leben gelassen haben.

## DIE QUERTREIBEREIEN DER REAKTIONÄREN KRÄFTE IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

In letzter Zeit macht unter den tschechoslowakischen Bürgern, die dafür bekannt sind, früher zur tschechischen Agrarpartei gehört zu haben, ein als „vertraulich“ bezeichneter Brief die Runde, der folgenden Inhalt hat:

„Wir rechnen auf Sie als ein früheres Mitglied unserer Partei. Es werden große Taten vorbereitet, deshalb verraten Sie nichts und schweigen Sie. Dr. Feierabend, zu dem wir eine Delegation geschickt haben, wird uns Weiteres mitteilen. Wir werden Sie auf dem laufenden halten.“

Das Initiativkomitee der Agrardemokratischen Partei der Tschechoslowakei.“

Dies ist kein alleinstehendes Zeugnis für die wachsende Aktivität der früheren tschechischen Agrarier. Es finden illegale Versammlungen statt, auf denen der strafenden Hand der Gerechtigkeit entgangene frühere Führer der Agrarpartei auftreten. In einer derartigen Beratung sprach vor kurzem der bekannte Feierabend, einer der Führer der Agrarier und früherer Minister im Kabinett Beran, der jetzt Mitglied der Partei der Volkssozialisten ist. Feierabend rief seine früheren Gefährten aus der Agrarpartei auf, die Landwirtschaftspolitik der Regierung nach Möglichkeit zu sabotieren.

Die gestrigen Agrarier treiben auf dem Lande eine regierungsfeindliche Agitation, und in der Stadt versuchen sie, Produktionssabotage und Spekulation zu organisieren.

Im April 1945 wurde die Agrarpartei verboten, und ihre früheren Führer, besonders die Mitglieder der Beranregierung, wurden unter Anklage gestellt. Diese Partei, die zwanzig Jahre lang führende Posten in der Regierung der Tschechoslowakei bekleidet hat, trieb lange vor München eine Politik der Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland und den Henleinleuten, den Agenten Hitlers in der Tschechoslowakei. Nach München errichtete die Regierung der Agrarier das faschistische Hacharegime. Später entnahmen die hitlerfaschistischen Okkupanten den Reihen der Agrarier die von ihnen benötigten Quislingkräfte.

Wenn man also jetzt von der Wiederherstellung der Agrarpartei, die eine so verhängnisvolle Rolle in der Geschichte der tschechoslowakischen Republik gespielt hat, zu sprechen anfängt, so zeugt das von der Aktivisierung der reaktionären Kräfte, die, nebenbei gesagt, auch in die Reihen einiger Parteien der Nationalen Front, nämlich der Volkssozialistischen und der Volkspartei, eingedrungen sind. Agenten von ihnen sitzen auch in einigen Regierungsinstitutionen, besonders im Justizministerium. Nicht umsonst wird auch der gegen Beran und die ganze Gruppe

tschechischer Quislinge angestrengte Prozeß so lange hinausgezogen, was in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit berechtigten Tadel gefunden hat.

## EINE DEMARCHE PANAMAS

Die Republik Panama hat bisher nicht den Anspruch erhoben, bei der Nachkriegsgestaltung der Welt eine entscheidende Rolle zu spielen. Die 600 000 Einwohner dieses kleinen Landes sind beschäftigt mit dem Kampf gegen die Dschungeln und mit der Bebauung der vorläufig noch nicht als amerikanische Stützpunkte und Flugplätze eingerichteten Parzellen ihres Heimatlandes.

Die Sorge für das Aufblühen des Bananenexports schien jedoch einigen Staatsmännern Panamas eine zu alltägliche Sache zu sein. Sie beschlossen, die Welt in Erstaunen zu setzen, und unternahmen eine imposante internationale Demarche. Das Außenministerium der Republik Panama gab bekannt, Panama sei nicht einverstanden mit den Bestimmungen des Friedensvertrages mit Italien und lehne es ab, sich ihm anzuschließen.

Einer der Helden des amerikanischen Humoristen O'Henry, der Präsident der phantastischen südamerikanischen Republik Anchuria, der sich durch übermäßigen Ehrgeiz auszeichnet, war drauf und dran, Anchuria in eine Macht zu verwandeln, mit der alle Völker zu rechnen hätten. Nur seine erstaunliche und absurde Prahlgerei erwies sich als Hindernis.

Das gleiche ist auch in Panama passiert. Seine Minister erkoren sich gleichfalls eine ziemlich absurde Methode, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Aber auch in der Absurdität ihres Vorgehens steckt System. Halten sie es doch nicht für notwendig, gegen Handlungen zu protestieren, die die berechtigte Beunruhigung der Völker hervorrufen, in Washington aber wohlgeheure Wertschätzung finden.

## DIE WEITSICHTIGKEIT DES „MANCHESTER GUARDIAN“

Der „Manchester Guardian“ brachte vor kurzem einen Leitartikel über die Ereignisse in China. Nach einer Analyse der Situation kommt die Zeitung zu dem Schluß, es sei unmöglich, die chinesischen Kommunisten mit Brachialgewalt aus dem Felde zu schlagen. Das Blatt schreibt:

„Obgleich der Verlust Jenans einen ernsten Schlag für die Kommunisten bedeutet, ist es unwahrscheinlich, daß sie den Kampf einstellen, der vielmehr aber

mals seine Guerillanatur annehmen wird. Denn es gibt einen Punkt, in welchem alle Beobachter übereinstimmen: daß Generalissimus Tschiangkaischek auf dem Holzwege ist, wenn er glaubt, die chinesischen Kommunisten könnten zuletzt doch durch überlegene Kräfte niedergeworfen werden. Solange die Diehards aus der Kuomintang die chinesische Regierung beherrschen, alle Reformen verweigern und China durch ihr Schandregiment (misrule) zugrunde richten, werden die Kommunisten auch weiter unter den Bauern Unterstützung gewinnen.“

In der jetzigen Situation, wo die Kuomintanggenerale erneut — zum wievielten Male schon! — versichern, sie würden den Widerstand der demokratischen Kräfte brechen und den Krieg spätestens in drei Monaten beenden, ist ein

solches Urteil des „Manchester Guardian“ außerordentlich symptomatisch, zumal man das Blatt keineswegs verdächtigen kann, mit den Kommunisten — sei es in China oder an irgendeiner anderen Stelle des Erdballs — zu sympathisieren.

Man kann nur bedauern, daß der „Manchester Guardian“ an einer so eigenartigen Weitsichtigkeit leidet. Was in China vor sich geht, bemerkt die Zeitung, die Perspektiven der Ereignisse in viel näher liegenden Ländern aber kann sie nicht durchschauen und richtig beurteilen, z. B. in Griechenland, dessen volksfeindliches Regime, das nur mit Unterstützung des Auslands besteht, am „Manchester Guardian“ nach wie vor einen hartnäckigen Verteidiger besitzt.

## In Wien

(Reisenotizen)

G. KARPOW

DER WINTER war streng in diesem Jahr. Durch die anhaltende Kälte waren stellenweise die Wasserrohre eingefroren. An so viel Niederschläge wie diesen Winter erinnert man sich in Österreich nicht. Im Februar schrieben die Zeitungen, in Wien lägen mehr als 10 Millionen cbm Schnee.

Die schneeverwehte Stadt machte besonders während der Schneestürme einen trostlosen Eindruck. Der Wind wirbelte mit dem Schnee Sand, Papierfetzen und Schutt von den zerstörten und niedergebrannten Gebäuden auf, rumorte mit Eisenblech und heulte in den gähnenden Fensterhöhlen der Häuser. Vereinzelte Fußgänger eilten durch die Straßen und zogen den Kopf in den Mantelkragen. Hin und wieder klingelten Straßenbahnen, und aus hölzernen Kiosken hörte man die heiseren Stimmen von Zeitungshändlern:

„Gruber in London... Dr. Gruber in London!“

Anfang Februar war die Wiener Presse voll von Nachrichten über den Aufenthalt Dr. Grubers, des österreichischen Außenministers, in London. Über ihn wurde nicht weniger geschrieben als über die dortige Beratung der Sonderbeauftragten der Außenminister, auf der die österreichische Delegation ihre Ansichten über den projektierten Staatsvertrag mit Österreich äußerte.

Die Berichter einiger Wiener Zeitungen suchten das Auftreten Dr. Grubers als ein eigenartiges Duell mit den Beratungsteilnehmern, besonders mit dem Sowjetvertreter, hinzustellen. Zwar habe er keinen leicht zu überwindenden Gegner, aber der ehrenwerte Kämpfer pariere tapfer alle Schläge.

Solch eine unobjektive Darstellung trug am wenigsten dazu bei, die wirkliche Sachlage zu klären und das österreichische Problem zu lösen.

Mehr als eine Million Österreicher haben in den Reihen der Hitlerwehrmacht am Krieg teilgenommen. Diese Tatsache läßt sich weder verhehlen noch ableugnen. Trotzdem versuchen einige österreichische Presseorgane, die Verantwortung der Österreicher für die Teilnahme am Krieg auf Hitlers Seite zu bestreiten. Die „Arbeiterzeitung“, das Organ der Sozialistischen Partei, vergleicht den Dienst der Österreicher in der Hitlerarmee mit — dem Aufenthalt in einem Konzentrationslager.

Dabei fällt mir meine erste Begegnung mit Wienern im März 1944 bei Kirowograd ein. Bei der Zerschlagung der Hitlerschen Elitedivision „Großdeutschland“ geriet eine große Anzahl Österreicher in unsere Gefangenschaft. Einer von ihnen, der Funker Leopold Fischer, ein ehemaliger Beamter der Wiener Eisenbahn-

direktion, der uns offenbar milder stimmen wollte, erklärte, er habe regelmäßig die Sendungen der Verbündeten für Österreich abgehört und seine Landsleute über sie informiert.

„Und wie haben Ihre Landsleute sich zu den Aufrufen, mit den Deutschen zu brechen, verhalten?“

„Sehen Sie, wir dachten, uns geht das nichts an.“

„Warum nicht?“

„Als Angehörige der deutschen Wehrmacht haben wir dem Führer den Treueid geleistet...“

Die so geartete „Tätigkeit“ einiger Österreicher während des Krieges wird jetzt als illegale Widerstandsbewegung gegen die Deutschen hingestellt. Die „Arbeiterzeitung“ beteuert: „Es gab im Jahre 1945 fast keine Nazis mehr“, denn „ganz Österreich war eine Gemeinschaft von Schwarzhörern.“

So versucht man aus Wölfen Lämmer zu machen.

Österreich stellte seine gesamte Industrie in den Dienst der deutschen Wehrmacht und war auch dadurch am Krieg beteiligt. Es belieferte das deutsche Heer mit allem, von Flugzeugen und Haubitzen bis zu Feuerzeugen und Knöpfen. Die österreichischen Industriellen strichen riesige Kriegsgewinne ein. Es genügt zu sagen, daß die Vorkriegseinlagen der österreichischen Banken in Höhe von 240 Millionen Schilling während der Kriegsjahre auf 7 Milliarden Schilling stiegen.

Wieviel von diesen Gewinnen brachte wohl die Arbeit der ausländischen Sklaven ein, wieviel Schweiß, Blut und Tränen wurden dafür vergossen? Während der fünf Kriegsjahre war Wien einer der größten Sklavenmärkte des Hitlerreiches. Hunderttausende ausländischer Sklaven arbeiteten in den Fabriken österreichischer Industrieller und auf den Gutshöfen österreichischer Grundherren. Diese Sklavenhalter haben auch heute noch im wirtschaftlichen und politischen Leben Österreichs das Heft in der Hand...

\* \* \*

Den Ingenieur Karl Sch. lernte ich im Konzert kennen. Der gesprächige Herr ging rasch von der Musik zu prosaischeren, praktischen Themen über. Aus seinen Worten entnahm ich, daß er Mitbesitzer von Fabriken für Elektrogeräte in Wien und Salzburg ist.

„Werfen die Betriebe Gewinn ab?“

„O ja, sie sind voll beschäftigt. Früher hatten wir Rohstoffschwierigkeiten, jetzt aber erhalten wir alles Nötige aus Deutschland.“

„Wie denn?“

„Durch einen amerikanischen Major. Er ist jetzt an der Arbeit der Betriebe interessiert.“

„Wie aber, wenn dieses Interesse zu weit geht?“

Der Ingenieur sah mich verblüfft an, überlegte und antwortete dann:

„Na, wissen Sie, das, was uns zukommt, werden wir immer herausbekommen. Und schließlich ist es besser, etwas zu haben, als gar nichts.“

Diese Worte spiegeln die ganze Einstellung der besitzenden Klassen Österreichs wider: mag kommen, was will, wenn nur der Profit bleibt!

Ingenieur Sch. ist ein mittlerer Unternehmer. Es ist schwer, etwas über seinen amerikanischen Partner zu sagen. Möglich, daß hier irgendein Anfänger die ersten Schritte tut. Aber genau dieselben Methoden werden auch von größeren Haien angewandt. Da ist die unheilvolle Gestalt Baron Rothschilds aufgetaucht. Er ist amerikanischer Staatsbürger, hat aber früher in Österreich ein Vermögen von schätzungsweise 2 Milliarden Schilling besessen. Die Nachricht von seiner Ankunft rief in demokratischen Kreisen Empörung hervor. In der Presse erschienen Proteste gegen Rothschilds Ansprüche auf österreichisches Eigentum. Er aber denkt, über die Rückgabe seines Reichtums nicht mit dem österreichischen Volk, sondern mit den Ministern verhandeln zu können. Und mit ihnen wird er schon einig werden!

Hinter Rothschild und seinesgleichen stehen dieselben amerikanischen Monopole, die Österreich zu einem kolonialen Anhängsel der USA und zu einem ihrer Stützpunkte in Mitteleuropa machen möchten. Das tiefe Eindringen des amerikanischen Kapitals in die Wirtschaft Österreichs, besonders in die der Westzonen, ruft berechtigte Beunruhigung bei denjenigen hervor, denen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs teuer ist.

Was die österreichischen Kapitalisten betrifft, so sind sie bereit, sich für den Profit in den Dienst der Überseemagnaten zu stellen. Sie werden Uncle Sam mit genau demselben Eifer dienen, mit dem sie sieben Jahre lang den deutschen Herren gedient haben. Geld stinkt bekanntlich nicht.

\* \* \*

Mit diesem Moralbekenntnis hat die regierende Oberschicht Österreichs das Land wirtschaftlich in eine Sackgasse geführt. Der Außenhandel ist einseitig und unnormal. Die Landeserzeugnisse werden hauptsächlich nach dem Westen ausgeführt, der Erlös aber wird von den österreichischen Unternehmern in ausländischen Banken deponiert.

Die Handelsbeziehungen zu den demokratischen Nachbarstaaten entwickeln sich nicht. Die Tschechoslowakei, deren Städte nur einige Stunden Eisenbahnfahrt von Wien entfernt sind, steht im österreichischen Außenhandel an neunter Stelle. Das Handelsministerium zieht die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, die 400 000 t Steinkohle an Österreich liefern könnte, möglichst in die Länge. Ebenso wurden die Verhandlungen über polnische Kohlenlieferungen gestört.

Dabei herrscht im Lande eine große Brennstoffkrise. Durch die Fröste und Schneefälle entstanden unerhörte Schwierigkeiten. Die meisten Betriebe wurden stillgelegt. In den Schulen fiel der Unterricht aus. Die Eisenbahnen verkehren immer noch mit großen Unterbrechungen. Viele Wohnhäuser wurden während des ganzen Winters nicht geheizt.

Noch kann man alle Folgen dieses Winters für Österreich nicht überblicken. Nach vorläufigen Berechnungen einiger Zeitungen beläuft sich der unmittelbare Schaden für die österreichische Industrie auf 250 Millionen Schilling. Die Folgen dieser Winterkatastrophe sind direkt auf die Tätigkeit der österreichischen Regierungsparteien zurückzuführen. Die „Österreichische Volksstimme“ schreibt, daß

„... hier unverantwortliche Mißwirtschaft Hand in Hand ging mit den planmäßigen Bestrebungen gewisser Kreise in Österreich, unsere Industrie zu zerschlagen, um auf diese Weise die Kraft der Arbeiterschaft zu brechen und Österreich als hilfloses Objekt den machtgierigen ausländischen Kapitalmonopolen auszuliefern“.

Nach Mitteilungen derselben Zeitung haben zwischen reaktionären Elementen aus der Sozialistischen Partei und der „Volkspartei“ hinter dem Rücken der Öffentlichkeit Geheimverhandlungen über die Bildung eines Blocks gegen die Kommunisten stattgefunden.

Dieser Block richtet sich gegen die geplanten demokratischen Umgestaltungen, ohne die die österreichische Wirtschaft weder gesunden noch sich entwickeln kann. Die projektierte Nationalisierung der wichtigsten Industriezweige ist von der „Volkspartei“ und von den Sozialisten in der parlamentarischen Schwatzbude zu Grabe getragen worden. Dasselbe Schicksal ereilte auch die beabsichtigte Bodenreform, ohne die es unmöglich ist, die Bevölkerung vor dem Hunger zu retten.

Der von den Managern der „Volkspartei“ und denen der Sozialistischen Partei gebildete reaktionäre Block vereitelt die Denazifizierung. Der Staats- und Wirtschaftsapparat ist mit Hitlerleuten durchsetzt. In Österreich gab es allein mehr

als 100 000 Nazifunktionäre. Die Denazifizierung ist nur in der Sowjetzone durchgeführt worden. In den übrigen Zonen laufen die Kriegsverbrecher frei herum, exponierte Nazis werden aus den Gefängnissen entlassen. Meinard Natmessing, ein ehemaliger Häuptling der Hitlerbehörden von Kärnten, der Gauleiter Rainers rechte Hand war, wurde aus der Haft entlassen. Dafür legen die Gerichte in Wiener Neustadt eine große Energie an den Tag, wenn es ihnen gelingt, eine Untersuchung gegen Teilnehmer der Widerstandsbewegung einzuleiten.

Auf meine Frage, ob das Gericht viele Prozesse gegen Nazis zu führen habe, antwortete mir ein Gerichtsbeamter in einem Wiener Bezirk:

„Ja, ziemlich viele. Aber wir können vorläufig nicht mit ihnen beginnen, wir haben zu viel anderes zu tun. Momentan beschäftigen wir uns mit dem Siedlungsverband...“

Mich interessierte, was das für ein Verband sein konnte, der das Gericht hinderte, sich mit der Denazifizierung zu befassen.

Es stellte sich heraus, daß diese Organisation die Gemüsegärten der vor der Sowjetarmee in die Westgebiete geflohenen Faschisten kriegsge schädigten Arbeitern und Opfern der Hitlerbehörden zugeteilt hatte.

„Jetzt sind diese Leute zurückgekehrt und verlangen ihr Eigentum wieder. Nun untersuchen wir ihre Ansprüche“, erklärte der Beamte.

„Und wie steht es mit den Prozessen gegen die Nazis?“

„Die kommen später an die Reihe...“

Es ist schwer, die Wirksamkeit des neuen Gesetzes über die Nationalsozialisten zu beurteilen. Bis jetzt hat es nur dem sogenannten Österreichischen Wirtschaftsverlag etwas eingebracht, der eine Broschüre „NS-Gesetz in Tabellen“ herausgegeben hat und sie für 2 Schilling verkauft. Die Tabellen enthalten Angaben für alle möglichen Nazischattierungen und eine entsprechende Strafenskala. Diese Tabellen sind ebenso leicht zu handhaben wie z. B. das Einmaleins beim Lösen von Rechenaufgaben. Man kaufe sich die Broschüre, studiere die Tabellen und finde für seine Tätigkeit eine Formel, nach der die Strafe recht mild ausfällt!

Die Amtsschimmelei mit der Denazifizierung gibt den faschistischen Elementen Handlungsfreiheit. Die kürzlich ausgehobenen nazistischen Gruppen zeugen von der Existenz einer organisierten illegalen Bewegung. Die in Linz und Salzburg (amerikanische Besatzungszone) aufgedeckte faschistische Organisation bestand fast ausnahmslos aus Wiener Hitlerfaschisten, die im Frühjahr 1945 nach Westen geflohen sind.

Die Leiter dieser Organisation waren ein gewisser Dr. phil. Hans Eibl und ein Ingenieur Raffelsberger. Eibl stand von 1934 bis 1938 den führenden Kreisen der „Vaterländischen Front“ und der Großdeutschen Partei sehr nahe. Er hatte Verbindung zu Dollfuß, Schuschnigg und Papen und trat 1936 der Nazipartei bei. Raffelsberger hatte unter der Hitlerregierung den Posten eines Staatskommissars für Privatwirtschaft in Österreich inne.

Bezeichnend ist, daß diese illegale Bande, die in den Westzonen ihr Unwesen trieb, mit Wiener Faschisten eng verbunden war. Unter den Verhafteten befinden sich Dörfler und Griesler, zwei ehemalige Wiener Kreisleiter. Die illegale Bewegung wurde unter andrem durch Spekulationen und Schleichhandelsgeschäfte finanziert. Firmen wurden gegründet, die sich mit dunklen Transaktionen befaßten, deren Erlös in die Organisationskasse wanderte.

Im großen und ganzen ist die Nachsicht den Hitlerfaschisten gegenüber eine ernste Gefahr für die demokratische Entwicklung Österreichs.

\* \* \*

Wien hat sich seit 1945 äußerlich nicht verändert. Noch sind wenig Aufräumungsarbeiten durchgeführt worden. Für die Restaurierung eines der schönsten Gebäude, des Stephansdoms, wurden bedeutende Summen aufgebracht, aber bis heute ist mit den Arbeiten nicht begonnen worden. Das Holzgerüst um die Staatsoper am Opernring ist zum Teil wieder entfernt, zum Teil wird es von tüchtigen Geschäftsleuten für Reklameanschläge benutzt. Dafür ist nebenan ein kleiner Keller, das „Operncafé“, renoviert worden. Das wohlhabende Publikum besucht abends gern dieses Café, wo man alles bekommen kann, sogar französischen Champagner und Austern, und wo ein Abendessen mehr kostet, als der durchschnittliche Monatsverdienst eines Arbeiters beträgt.

Die Wiener Oper spielt im alten Gebäude in der Operngasse vor halbleerem Haus, denn die Wiener leiden jetzt an einer krankhaften Sparsamkeit. Wir hörten Beethovens „Fidelio“. Eine Einzelheit fiel uns auf. Die Häftlinge, die zu Unrecht von dem despotischen Feudalherrn in den Kerker geworfen wurden, werden in den Gefängnishof zum

Spaziergang geführt. Mitreißend und leidenschaftlich ruft Beethovens Musik zum Kampf. Auf der Bühne aber bewegt sich eine farblos graue Menge, die kaum hörbar, undeutlich und schüchtern singt:

„Freiheit... Freiheit...“

Der Gegensatz zwischen der Musik und den Vorgängen auf der Bühne war so kraß, daß ein' neben uns sitzender österreichischer Journalist, der unser Erstaunen bemerkte, verlegen sagte:

„Die Regisseure sind schuld...“

Die Szene schien uns symbolisch. Die politischen Regisseure Österreichs möchten das ganze Volk ebenso niederdrücken und einschüchtern. Gestützt auf die noch vorhandenen Überreste des Faschismus, ist die österreichische Reaktion bestrebt, die Bevölkerung in Mißstimmung, Trostlosigkeit und im Unglauben an die eigenen Kräfte zu halten. Die Reaktion spekuliert auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zwingt den Massen den Gedanken auf, Österreich sei wirtschaftlich unselbständig und es sei unmöglich, ohne Hilfe von außen, insbesondere ohne den Dollar, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden.

Dem sich entfaltenden Angriff der österreichischen Reaktion stellen sich die demokratischen Kräfte entgegen, die sich in der Hauptsache auf die aktivsten und bewußtesten Schichten der österreichischen Arbeiterklasse stützen.

Am 12. Februar marschierten in den Straßen Wiens Arbeiter in geschlossenen Reihen auf. Sie zogen vorbei an den reifbedeckten Häusern, die vor 13 Jahren mit Heimwehrgeschützen beschossen wurden, und an den Denkmälern der Opfer vom 12. Februar 1934. Sie trugen rote Fahnen mit Hammer und Sichel, dem Emblem der Kommunistischen Partei, und rote Fahnen mit drei Pfeilen, dem Emblem der Sozialistischen Partei.

In den Werktätigen Wiens leben die demokratischen Traditionen fort. Mögen sich die politischen Regisseure noch so sehr anstrengen, es wird ihnen nicht gelingen, das Streben der breiten Volksmassen nach einem friedliebenden und demokratischen Österreich zu ersticken, das sich für immer von dem drückenden Erbe des Faschismus befreien wird.

## GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

## Die Fälschungen Jan Sláviks

Das enge Bündnis und die Freundschaft zwischen der befreiten Tschechoslowakei und der Sowjetunion beruht auf dem festen Fundament der Gemeinsamkeit ihrer grundlegenden Interessen. Die Volksmassen der Tschechoslowakei haben sich an den Erfahrungen der Geschichte, besonders der Geschichte des letzten Jahrzehnts, davon überzeugt, daß die freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion für das Schicksal ihres Heimatlandes von lebenswichtiger Bedeutung sind.

Die Bevölkerung der Tschechoslowakei bringt dem Leben der Völker unseres Landes, der Geschichte des Sowjetstaats, seinen grandiosen sozialen Umbildungen, aus denen das fortschrittlichste demokratische Staats- und Gesellschaftssystem hervorgegangen ist, den Errungenschaften der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Literatur und der Kunst des Sowjetlandes ein riesiges Interesse entgegen. Die demokratische Presse der Tschechoslowakei versucht, dieses berechtigte Interesse ihrer Leser durch wahrheitsgetreue Informationen über die Sowjetunion zu befriedigen.

In einem Teil der tschechoslowakischen Presse jedoch sind die Stimmen derjenigen nicht verstummt, denen die freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion nicht gefallen, die Stimmen derjenigen, die in den Jahren vor dem Kriege in ihren Schreibereien sehr willkürlich mit der Wahrheit umsprangen, wenn es sich um den Sowjetstaat handelte. Zur Tribüne für derartige Auslassungen machten sich die Organe der (katholischen) tschechoslowakischen Volkspartei — „Obzory“ und „Vyvoj“. Auch einige Organe der Partei der Volkssozialisten geben sich dazu her, Unwahrheiten über die Sowjetunion zu verbreiten.

Im letzten halben Jahr haben Zeitungen und Zeitschriften dieser Partei nicht weniger als ein Dutzend Artikel eines gewissen Jan Slávik veröffentlicht, die der Geschichte der Sowjetunion und ihrer internationalen und inneren Politik gewidmet sind. Der Kreis von Fragen, über die sich Jan Slávik ein Urteil erlaubt, ist ungewöhnlich groß: wir finden da die Geschichte der Sowjetdiplomatie und die Stellung der russischen Marxisten zur Religion; die marxistisch-leninistische Philosophie und die Entwicklung der Sowjetbelletistik; die nationale Frage in der Sowjet-

union und die Probleme der Sowjetdemokratie; die Entwicklung der Wirtschaft, die Fragen der Einheit der Slawen und viele andere.

Slávik bezeichnet, ohne daß man ihm ein Übermaß an Bescheidenheit zur Last legen könnte, als das Hauptverdienst seiner Werke „kritische wissenschaftliche Einstellung“ und „kritische Objektivität“. Der Charakter dieser Objektivität Jan Sláviks tritt vor allem in seinen historischen Untersuchungen hervor. Er behauptet z. B., die Sowjetregierung habe 1939 kein Abkommen mit England und Frankreich gewollt, um gemeinsam mit diesen Ländern die deutsche Aggression abzuwenden, obgleich die Ereignisse dieser Zeit schon lange öffentlich beleuchtet sind und weithin bekannt ist, daß die diplomatischen Bemühungen des Sowjetstaates gerade darauf abzielten, gemeinsam mit England und Frankreich zu Aktionen gegen die in Vorbereitung befindliche deutsche Aggression zu gelangen. Das hätte Slávik z. B. in dem Buche von Joseph Davis, dem ehemaligen amerikanischen Botschafter in der UdSSR, „Mission to Moscow“, lesen können.

In seinem Verlangen, das Sowjetland zu kompromittieren, versteigt Slávik sich bis zu der Versicherung, vor dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion habe die Sowjetöffentlichkeit den deutschen Faschisten Sympathie entgegengebracht. Diese Behauptung stellt er in seinem Artikel „Der Marxismus und die Entwicklung der russischen Revolution“ (veröffentlicht in der Zeitschrift „Masarykův lid“ Nr. 26 vom 1. November 1946) auf. In einem anderen Artikel, „Der Marxismus und die Religion in der UdSSR“ (veröffentlicht in der Zeitschrift „Dnešek“ am 16. Januar 1947) setzt Slávik weiter auseinander, die Sowjetregierung habe das russische Volk nicht auf die Verteidigung der Sowjetunion gegen den Überfall des deutschen Faschismus vorbereitet. Alles dies wird leider in Prag gedruckt, der Hauptstadt eines Landes, das vom Hitlerjoch durch die Sowjetarmee, die in einem heroischen Zweikampf die Heerhaufen Hitlers zertrümmerte, befreit worden ist!

Dabei haben die Völker der Tschechoslowakei allen Anlaß, sich der Geschichte der Vorkriegsjahre zu erinnern. Damals blieb der Versuch der Sowjetregierung, die demokratischen Länder zwecks Verhinderung der faschistischen deutschen

Aggression zu einen, durch das Verschulden der Regierungen Englands und Frankreichs resultatlos, weil diese danach strebten, Hitlers Expansion nach dem Osten, gegen die Sowjetunion abzulenken. Chamberlain und Daladier setzten ihre Münchener Politik fort, die der Tschechoslowakei so teuer zu stehen gekommen ist. Als Hitler dann seinen frevelhaften Überfall auf unser Land unternahm, da wußte dieses den Ansturm der deutschen Heerhaufen aufzuhalten und dann Hitlerdeutschland niederzuwerfen, nur weil die bolschewistische Partei und die Sowjetregierung das Volk unermüdlich und erfolgreich auf die Verteidigung seines sozialistischen Vaterlandes vorbereitet hatten.

Gerade weil diese historischen Tatsachen den Völkern frisch im Gedächtnis sind, versucht Jan Slávik die Geschichte zu entstellen, sie zu verdrehen, den Leser zu verwirren.

Nehmen wir noch ein anderes Beispiel der „historischen Objektivität“ Sláviks. In einem Artikel im Zentralorgan der Partei der Volkssozialisten, „Svobodne Slovo“, worin Slávik den Kritikern seines Buches über die Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion antwortet, schreibt er:

„Es ist eine alberne Behauptung, zu sagen, ich hätte das ukrainische und das weißrussische Volk beleidigt. Ich habe geschrieben, daß der Brest-Litowsker Frieden (von 1918) die Ukraine und Weißrussland mit Hilfe der Deutschen selbständig mache. Das ist eine ebensolche Beleidigung und Unwahrheit, wie wenn ich behauptet hätte, daß 1939 die Slowakei mit Hilfe der Deutschen selbständig geworden ist. Ich behaupte das für die Slowakei. Die Analogie ist vollständig...“

Slávik behauptet also, nicht die Sowjetrevolution in Rußland habe das ukrainische und das weißrussische Volk (ebenso wie die anderen Völker Rußlands) befreit und wieder ein selbständiges ukrainisches und weißrussisches Staatswesen geschaffen, sondern das habe — das kaiserliche Deutschland getan. Es ist ja aber der ganzen Welt sehr wohl bekannt, daß sowohl die Ukraine als auch Weißrussland, als sie 1918 unter den Kommissarstiefel der deutschen Gendarmen gerieten, auch nicht den Schatten eines eigenen Staatswesens besaßen. Man kann die Ukraine und das Weißrussland jener Zeit nur zum Hohne als „selbständig“ bezeichnen, da das ukrainische und das weißrussische Volk damals in den Kämpfen gegen die deutschen Imperialisten nicht wenige Opfer brachten zur Befreiung von der deutschen Okkupation und zur Wiederherstellung ihres Sowjetstaatswesens.

Was Sláviks Versuche betrifft, das Terrorregime der Hitlermarionette Tiso als staatliche Selbständigkeit der Slowakei, die dieser von Hitler geschenkt worden sei, auszugeben, so geht

er hier sogar über Tiso selbst hinaus, der, als Kriegsverbrecher auf der Anklagebank sitzend, vor dem Bratislauer Gericht gestanden hat, daß er und seine „Regierung“ Marionetten in den Händen Hitlers und Görings gewesen seien und daß die slowakischen „Minister deutschen Beschlüssen nachkamen, auf die er keinerlei Einfluß auszuüben vermochte“.

Die Geschichtsfälschungen in den Artikeln Sláviks sind durchaus nicht eine Frucht der Unwissenheit oder der Unachtsamkeit. Ein Beweis dafür, daß er die Geschichte vorsätzlich entstellt, um die Sowjetunion zu verunglimpfen, sind seine anderen böswilligen Erfindungen, besonders über die Sowjetdemokratie.

Slávik erkennt die Sowjetdemokratie nicht an. Er hält die Demokratie und die führende Rolle der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion für unvereinbar. Er ist bereit, sogar die Tatsache zu bestreiten, daß die Massen der Werktätigen im Oktober 1917 eine Revolution vollbracht haben. In seinem Artikel „Noch einmal darüber, wer unsere Beziehungen zur UdSSR verdirbt“ behauptet Slávik, die historische Wirklichkeit entstellend, die Oktoberrevolution in Rußland sei nicht von den Massen der Arbeiter und Bauern unter der Führung der bolschewistischen Partei vollzogen worden, sondern nur von einer „kleinen Gruppe von Berufsrevolutionären“.

Mit Hilfe dieser absurd lügen versucht Slávik, eine „historische Begründung“ zu finden für seine hirnverbrannte Behauptung, in der Sowjetunion gebe es keine Demokratie. Im September 1946, in Nr. 38 der Zeitschrift „Svobodny zitřek“, röhmt er sich sogar, er habe das „in allen seinen Werken“ stets behauptet. Slávik ist mit den tschechoslowakischen Zeitungen unzufrieden, die da schreiben, in der Sowjetunion gebe es die „demokratischsten Wahlen und die demokratischste gesetzgebende Versammlung“, obgleich er natürlich keine einzige Tatsache anführen kann, die diese völlig der Wahrheit entsprechenden Behauptungen zu widerlegen geeignet wäre.

Die große, in keinem einzigen kapitalistischen Lande denkbare politische Aktivität der Volksmassen in der Sowjetunion, wo zum erstenmal in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft alle Werktätigen fortlaufenden und entscheidenden Anteil nehmen an der demokratischen Verwaltung des Staates, ist eine unbestreitbare Tatsache. An den vor kurzem durchgeföhrten Wahlen zu den obersten Organen des Sowjetstaates beteiligten sich fast 100 Prozent der Wähler. Alle Deputiertenkandidaten wurden vom Block der Kommunisten und der Parteilosen in Massenversammlungen aufgestellt, an denen sich Millionen von Bürgern beteiligten. Diese Kandidaten wurden

in geheimer Abstimmung mit übergroßer Stimmenmehrheit gewählt. Die moralisch-politische Einheit der Völker der Sowjetunion, ihr Zusammenschluß um die bolschewistische Partei und die Sowjetregierung fanden bei den Wahlen eine vollständige und höchst überzeugende Bestätigung.

Außerstande, diesen Tatsachen irgend etwas entgegenzustellen, erklärt Slávik eben die moralisch-politische Einheit des Sowjetvolkes als im Widerspruch stehend zu der richtigen Auffassung der Demokratie und der „demokratischen Freiheiten“. Weshalb? Eine Antwort auf diese Frage wird man in seinen umfänglichen Schreibereien nicht finden. Ohnmächtig, irgendwelche Tatsachen oder Argumente anzuführen, versucht er ganz einfach, alle Seiten des politischen Lebens der Sowjetunion zu bekritteln.

Besonders wenig gefällt ihm die Pressefreiheit im Sowjetland. Es ist nicht nach seinem Sinn, daß sich die Presse in den Händen der gesellschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Werktätigen befindet, daß das Recht des Eigentums am gedruckten Wort den Händen der Reichen entrissen und nicht mehr das Privilieum besitzender Klassen ist, daß die Presse den Interessen der werktätigen Massen und der Erziehung des Volkes im Geiste der fortschrittlichen Ideen des Sozialismus dient. Unter dem Deckmantel der Pressefreiheit fordert Slávik die Freiheit der Lüge über die Sowjetunion. Er ist darüber empört, daß in der Sowjetunion die verleumderischen Hirngespinste gewisser amerikanischer und englischer Journalisten nicht nachgedruckt, sondern daß hier diese Schreibereien und ihre Verfasser entlarvt werden.

Der in der ihm nicht zukommenden Rolle eines Verteidigers der Pressefreiheit auftretende Slávik spricht der Sowjetöffentlichkeit gleichzeitig auch das Recht der Kritik ab. Er nimmt die Pasquille Soschtschenkos, die von der Öffentlichkeit der Sowjetunion mit Recht kritisiert und einmütig verurteilt worden sind, in Schutz. Slávik widmet dieser Angelegenheit drei Artikel, nur weil Soschtschenko die Bürger des Sowjetlandes verhöhnt und böswillige Schmähsschriften auf unsere Gesellschaft geschrieben hat.

Das nächste Ziel der Auslassungen Jan Sláviks besteht darin, die Sowjetunion vor den Völkern der Tschechoslowakei anzuschwärzen. Er verfolgt jedoch auch ein weitergehendes Ziel. Verstohlen und vorsichtig versucht er seinen Lesern den Gedanken einzuflößen, das bestehende Bündnis und die freundschaftlichen Beziehungen der

Tschechoslowakei und der anderen slawischen Länder zur Sowjetunion drohten diesen Ländern mit der Gefahr, die Ungnade der „westlichen Welt“ auf sich zu ziehen. Er schreibt:

„Die westliche kapitalistische Welt, die Jahrzehntelang der Sowjetunion feindlich gegenüberstand, hat ihre Antipathien auf alle Slawen und hauptsächlich auf die Tschechoslowakei ausgedehnt...“

Hierbei gibt er zu, daß die „westlichen Mächte“ einen Vorwand brauchen, um die Sowjetunion und die ihr befreundeten slawischen Länder zu isolieren. Als ein solcher Vorwand aber kann seiner Meinung nach „der Schutz der Freiheit“ dienen.

Eine, wie man sieht, recht durchsichtige und durchaus nicht originelle Konzeption. Indem Slávik hartnäckig, in jedem seiner Artikel, die Sowjetunion, das demokratischste Land der Welt, verleumderischerweise als „totalitären Staat“ bezeichnet, kommt er einem Auftrag der internationalen Reaktion nach. Er solidarisiert sich mit den in Fulton aufgestellten Lösungen des Kriegsbrandstifters Churchill. In der Meinung, diese Lösungen könnten die Offensive der internationalen Reaktion gegen die Sowjetunion rechtfertigen, betont Slávik, die Tschechoslowakei gerate hierbei „in eine delikate und heikle Lage gegenüber unserem großen Verbündeten, der UdSSR“. Als ein erfahrener Politikaster tritt er nicht offen für den Bruch der Freundschaft zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion auf. Er begreift sehr wohl, daß ein solcher Appell sowohl ihn als auch die Partei, der er angehört, in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit hoffnungslos kompromittieren würde. Slávik versteckt sein dunkles Werk unter der Maske loyaler Wertschätzung der sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen. Das „Svobodne slovo“ (das Zentralorgan der Partei der Volkssozialisten), worin Sláviks Artikel veröffentlicht werden, versichert auch seinerseits feierlich:

„Die Freundschaft mit der Sowjetunion ist für uns eine Sache nicht nur der Vernunft, sondern auch des Herzens.“

Allein diese Versicherungen werden auf den gleichen Seiten veröffentlicht, auf denen die Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion betrieben wird. Diese Kampagne bezweckt die Untergrubung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, während die Lebensinteressen beider Länder eine Konsolidierung und Entwicklung dieser Beziehungen erfordern.

## KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

## Harold Nicolson's Allegorien

Professor S. BORISSOW

DER NAME des englischen Publizisten Harold Nicolson ist dem Sowjetleser bekannt. Zwei seiner Bücher, „Diplomatie“ (Diplomacy) und „Friedensstiftung 1919“ (Peacemaking 1919), wurden kürzlich ins Russische übersetzt und im Rahmen der Außenpolitischen Bibliothek veröffentlicht. Das zweite enthält unter anderm Tagebuchnotizen Nicolson's von der Versailler Konferenz, an der er als Sekretär der britischen Delegation teilnahm. Seit 15 Jahren, seit seinem Ausscheiden aus der diplomatischen Laufbahn, befaßt sich Nicolson mit Literatur und Publizistik.

Nicolsons neues Buch „Der Wiener Kongreß“\*, das 1945 geschrieben und 1946 erschienen ist, machte auf dem amerikanischen Büchermarkt Sensation und lenkte, schon seines Themas wegen, das allgemeine Augenmerk auf sich. Nicolson ist keineswegs Historiker, sondern ein Publizist, der sich nur mit aktuellen Fragen befaßt. Hier aber hat er sich der Epopöe des 130 Jahre zurückliegenden Wiener Kongresses zugewandt.

Schon ein Blick in das Buch lehrt, warum Nicolson eine vergangene Epoche behandelt. Er stellt auf Schritt und Tritt Vergleiche mit der Gegenwart an, und dies ist eben der Sinn seines Buches. Das zentrale Problem ist die „Einheit der Alliierten“ im Krieg gegen den gemeinsamen Feind und ihre Beziehungen nach dem Siege. In der Einleitung charakterisiert Nicolson die Zeit von 1812—1822 und zieht eine Parallele zur Gegenwart. Er schreibt:

„Damals wie jetzt vernichtete Großbritannien (erst allein und dann mit Hilfe mächtiger Verbündeter) ein totalitäres System, das die Welt zu verschlingen drohte. Damals wie jetzt hörte das gemeinsame Ziel, das die Nationen in der Stunde der Gefahr vereint hatte, nach dem Sieg auf, sie zur Solidarität zu veranlassen. Einige Mitglieder der Allianz suchten ihre Macht zur Erweiterung ihrer früheren Territorien oder zur Schaffung neuer und bedrohlicher Einflußzonen auszunutzen; der Realismus ihrer Methoden wurde zunächst durch den Idealismus ihrer Erklärungen in den Schatten gestellt. Andere, von den jahrelangen Anstrengungen und Abenteuern ermüdeten Völker hofften, sich durch Isolierung ungestört den Problemen des inneren Aufbaus widmen zu können. Damals wie jetzt fürchteten manche von der älteren Generation, nach den

\* „The Congress of Vienna. A Study in Allied Unity: 1812—1822“ by Harold Nicolson, New York 1946

Opfern, die sie gebracht haben, um die vertraute, geliebte Welt gegen den äußeren Feind zu schützen, einem inneren Feind, einer inneren Krankheit erlaubt zu haben, die Kraft des Staates zu unterminieren. Damals wie jetzt gab es Menschen, die fühlten, daß sie eine Gefahr für den Frieden und die Unabhängigkeit der Nationen beseitigt, gleichzeitig aber nur eine andere, ernstere Gefahr an ihrer Stelle hatten aufkommen lassen.“

Der Verfasser warnt den Leser zwar vor historischen Vergleichen, die oft irreführend seien, das ganze Buch ist aber mit großer Zielbewußtheit darauf aus, den Leser zu der Schlußfolgerung zu veranlassen, daß die im Kampf gegen den deutschen Faschismus geschmiedete große Koalition der freiheitliebenden Nationen den zentrifugalen Kräften der Nachkriegsdifferenzen nicht standhalten könne. Nicolson schreibt selbst, sein Buch prüfe

„die Faktoren, die zwischen zeitweise in einer Koalition vereinten unabhängigen Staaten Meinungsverschiedenheiten hervorrufen, an Maßstäben der Vergangenheit“. (S. 48.)

Diese Prüfung wird sehr parteiisch vorgenommen. In der Analyse, der der Verfasser die historischen Ereignisse unterzieht, entdeckt man unschwer zwei Tendenzen: erstens den Versuch, England in den Himmel zu heben, ihm eine bedeutendere Rolle zuzuschreiben, als es sie in Wirklichkeit gespielt hat, und zweitens, Rußland als den Schuldigen und Hauptgrund der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten hinzustellen.

Besonders eingehend behandelt Nicolson die Tätigkeit Castlereaghs, des hauptsächlichsten englischen Diplomaten jener Zeit, den er stark überschätzt. Bekannt ist ja, wie Castlereagh auf dem Wiener Kongreß von dem berühmten Diplomaten jener Zeit, Talleyrand, dem Bevollmächtigten Frankreichs, in den Schatten gestellt wurde.

Die von Talleyrand auf dem Wiener Kongreß zustande gebrachte antirussische diplomatische Kombination konnte nur dadurch realisiert werden, daß Metternich, aber auch Castlereagh ihr Wort brachen und ihre Verpflichtungen nicht einhielten. Ein solcher Wortbruch war der am 3. Januar 1815 abgeschlossene Geheimvertrag der Bevollmächtigten Großbritanniens und Österreichs (Castlereaghs und Metternichs) mit Frank-

reich, der sich gegen die beiden anderen Verbündeten (Rußland und Preußen) richtete. Großbritannien habe mit seinem früheren Feind ein Bündnis gegen seinen Hauptalliierten abgeschlossen, schreibt Nicolson, gibt aber im übrigen zu, daß dieser Geheimvertrag ein „gigantischer Bluff“ (S. 178) gewesen ist.

Nicolsons Nachsicht für Castlereagh erklärt sich damit, daß er ihn als einen konsequenten Verfechter der Politik des Kräftegleichgewichts ansieht, die er als ausschlaggebend für die Regulierung der internationalen Beziehungen bezeichnet. In diesem Sinne charakterisiert er auch Metternich, dessen Heuchelei und Doppelzüngigkeit bekannt sind und der als Schulbeispiel eines Diplomaten, wie er nicht sein soll, in die Geschichte eingegangen ist.

Die Politik des Kräftegleichgewichts kann, bei aller Bedeutung, die ihr vom Verfasser beigemessen wird, doch nicht den wirklichen Gang der Ereignisse erklären. Jedenfalls kann sie den englischen und österreichischen Bevollmächtigten nicht als Freibrief für den Vertragsschluß vom 3. Januar 1815 dienen. Nicolson aber betrachtet den Abschluß dieses Vertrags als „eine der nutzbringendsten Errungenschaften in der gesamten Geschichte der Diplomatie“ (S. 154).

Nicolson schildert die Tagungen des Wiener Kongresses und macht die Bevollmächtigten Rußlands für die während der Verhandlungen entstandenen Schwierigkeiten verantwortlich. Er schreibt:

„Es war wirklich so, daß Rußland, das schwer gelitten und glänzende Triumphe errungen hatte, eine Haltung arroganter Geheimnistuerei annahm... Außerdem waren die russischen Generale und Diplomaten überzeugt, daß die russischen Waffen allein Europa von einer verhaßten Tyrannie befreit hatten, sie waren trunken von dem so unerwartet erworbenen militärischen Prestige Rußlands und begannen bei jeder Gelegenheit und in jedem Lande der Anmaßung und der Intrige zu frönen.“ (S. 120.)

Seinen Plänen entsprechend schildert Nicolson die Vergangenheit in Ausdrücken der Gegenwart, wie sie in bestimmten Kreisen gebräuchlich sind. Er spricht von einer „russischen Westexpansion“, die „im Zaum gehalten“ werden müsse, fordert einen „maßvollen Frieden“, schreibt von dem „Mißtrauen gegen die offenen und geheimen Bestrebungen Rußlands, das eine immer tiefer werdende Kluft zwischen dem Osten und dem Westen aufriß“ (S. 256). Vergißt man, daß es sich um den Wiener Kongreß handelt, so glaubt man, einen weltpolitischen Artikel der „Daily Mail“ zu lesen, zu deren Mitarbeitern übrigens Nicolson gehört. Der Verfasser des

Buches über den Wiener Kongreß modernisiert überall die historische Terminologie. Er schreibt über die Ereignisse von 1812–1822 in der Sprache von 1941–1946, spricht von vereinten Nationen, friedliebenden Ländern, von den Großen Vier (Rußland, Österreich, Preußen, Großbritannien) und den Großen Fünf (dieselben vier Länder plus Frankreich), von einem Außenministerrat, von Kriegsverbrechern, von Quislingen u. a. m.

Zwar schildert Nicolson die gesamten Ereignisse von 1812–1822, sein Buch kann jedoch nicht als eine historische Abhandlung angesprochen werden. Es handelt sich natürlich um ein politisches Pamphlet.

Unter dem Bilde der Vergangenheit bietet diese Streitschrift nichts als die Gegenwart dar. Nicolsons Allegorien beziehen sich ganz unverkennbar auf die nach dem zweiten Weltkrieg entstandene Lage. Er ist der Ansicht, daß die in den Jahren des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus entstandene Einheit zwischen den Verbündeten zerfällt, daß „eine immer tiefer werdende Kluft zwischen dem Osten und dem Westen“ entstehe und daß der Frieden mit dem Feind (Deutschland) ein „maßvoller“ sein müsse, etwa in der Art, wie ihn die Alliierten nach den Napoleonischen Kriegen mit Frankreich abschlossen.

Als angebliche Schlußfolgerung aus den historischen Betrachtungen wiederholt Nicolson die abgedroschenen Behauptungen der reaktionären Zeitungen von heute, daß gewisse Staaten sich „bedrohliche“ Einflußzonen schaffen, daß gewisse Verbündete ihre Absichten geheimhalten und „eine Haltung arroganter Geheimnistuerei“ annehmen, und daß infolge dieser „Geheimnistuerei“ die „russische Westexpansion“ offenbar geworden sei. Der kurze Sinn seiner langen Reden ist, daß alle Mittel, selbst die Nichteinhaltung der eigenen Verpflichtungen, recht seien, um die aus den Handlungen des ehemaligen Bundesgenossen entspringende „Gefahr“ abzuwenden.

Nicolson hat also seine historischen Forschungen nur angestellt, um denjenigen angelsächsischen Kreisen das Wort zu reden, die mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln Mißtrauen gegen die Politik der Sowjetunion säen und den Abbruch der Zusammenarbeit mit ihr predigen.

Diese pseudohistorische Schrift ist übrigens leichtverständlich und unterhaltend geschrieben. Als Diplomat, der in Fragen der Organisierung und Durchführung internationaler Konferenzen kompetent ist, sagt er manches Interessante über die Prozedurfragen des Wiener Kongresses (Kapitel IX), über den ersten und den zweiten Pariser Friedensvertrag (Kapitel VI und XIV), über die Tätigkeit der einzelnen Delegationen auf der

Konferenz. Interessant sind seine Bemerkungen über die auch heute wieder zu beobachtende Überlastung der Delegationen der Großmächte und über die viele Freizeit der auf den Konferenzen gewöhnlich weniger beschäftigten Delegationen der kleinen Staaten (S. 133).

Das durch seine Darstellungsform unterhaltende Buch empfiehlt seinen Verfasser jedoch weder als Historiker noch als weitblickenden Politiker. Die voreingenommene politische Prognose Nicolsons kann keine Anerkennung finden, das Fiasko der Koalition von 1812—1822 kann nicht als Beweis dafür dienen, daß die im Feuer des zweiten Weltkrieges geschmiedete Koalition der freiheitliebenden Völker zerfallen muß. Der Verfasser sollte sich, wie er selbst rät, von „der Torheit des Prophezeiens“ fernhalten.

Die Tätigkeit des Außenministerrats auf den bereits abgehaltenen Tagungen und der erfolg-reiche Abschluß von fünf Friedensverträgen — mit Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland — zu Beginn dieses Jahres lassen die Völker der freiheitliebenden Länder mit Recht hoffen, daß Nicolsons Pessimismus durch den Gang der Geschichte widerlegt werden wird. Die

gegenwärtige Tagung des Außenministerrats wird, wie zu hoffen ist, dazu beitragen, daß die vereinten Bemühungen der demokratischen Mächte zur Sicherheit führen.

Nicolsons Pamphlet hat nicht nur einen außen-politischen, sondern auch einen innerpolitischen Zweck. In den Betrachtungen über den Wiener Kongreß wird nachdrücklich hervorgehoben, daß 1815 der Sieg dank den „jahrelangen Bemühungen, der Kühnheit und Findigkeit“ einer Toryregierung errungen worden sei (S. 180). Es wird an die heutigen Tories in Person Anthony Edens appelliert, dem das Buch feierlichst gewidmet ist. Das ist nur verständlich und logisch, denn Nicolsons politische Anschauungen sind die der englischen Diehards.

Um so bemerkenswerter ist daher, daß Harold Nicolson kürzlich der Labourpartei beigetreten ist. Zu diesem Zuwachs sind die in den Reihen der englischen Labourpartei vereinigten Arbeiter Englands wohl kaum zu beglückwünschen, da diese ein Lebensinteresse daran haben, daß die Politik ihres Landes neue, den Grundaufgaben der Demokratie und des Fortschritts entsprechende Wege einschlägt.

## Der Faschismus in England

V. BERESHKOW

ALS Frederic Mullally, der stellvertretende Chefredakteur der englischen Zeitschrift „Tribune“, sein Buch „Der Faschismus in England“\* zur Herausgabe fertigstellte, erklärte er dem Verleger (Claud Morris Books Limited):

„Ich bin davor gewarnt worden, dieses Buch zu schreiben, und ich zweifle nicht daran, daß es in Großbritannien Leute geben wird, die strenge Instruktionen erhalten werden, es nicht zu lesen...“

Was Mullally über die Tätigkeit der englischen Faschisten zwischen den beiden Weltkriegen schreibt, kann den hochgestellten Persönlichkeiten, die die in England jetzt wieder auferstehenden faschistischen Organisationen begünstigen, in der Tat kaum angenehm sein.

\* „Fascism Inside England“ by Frederic Mullally. London 1946.

Vor allem schildert Frederic Mullally die Entwicklungsgeschichte der faschistischen Bewegung in England, die, wie er sagt, mit der schon 1901 von Hauptmann Stanley William Shaw gegründeten sogenannten Britischen Bruderliga (British Brothers' League) ihren Anfang nimmt. Die Organisation betrieb eine jingoistische Propaganda und wollte durchsetzen, daß die Häfen Englands für Einwanderer verschlossen blieben. Die eigentliche faschistische Bewegung in England nahm 1924 feste Formen an. Damals wurde die britische Gesellschaft der Fascisti (British Fascisti Ltd.) gegründet, die sich den Kampf gegen die „Ausbreitung des Kommunismus und Bolschewismus“ zur Aufgabe machte. Der erste Vorsitzende dieser Organisation war Lord Garvagh. Im Jahre 1927 erhielt sie den neuen Namen Britische Faschisten (British Fascists).

Neben dieser Partei wurde 1928 die Faschistische Reichsliga (Imperial Fascist League) gebildet, die sofort nach ihrer Gründung eine wütende antisemitische Propaganda startete. Auf der Grundlage dieser Organisationen rief Sir Oswald Mosley die Britische Faschistenunion (British Union of Fascists — B. U. F.) ins Leben.

Frederic Mullally bringt einiges aus der Biographie des Führers der englischen Faschisten. Mosley war übrigens seinerzeit aktives Mitglied der Konservativen Partei und später der Labourpartei, in der er eine ziemlich bedeutende Rolle gespielt hat. Im Jahre 1926 kam er als Labourabgeordneter ins Unterhaus. Bald aber entstanden zwischen ihm und der Leitung seiner Partei Differenzen, und er wurde 1931, nach der von ihm organisierten, jedoch fehlgeschlagenen „Meuterei“, ausgeschlossen. Nach dem Bruch mit den Labouristen wallfahrtete Mosley nach Rom, um einen Fußfall vor Mussolini zu tun. Nach England zurückgekehrt, veröffentlichte er das Buch „Das größere Britannien“, das zur Bibel des britischen Faschismus wurde.

Vom ersten Augenblick ihres Bestehens an genoß die B. U. F. (die Schwarzhemden) die Unterstützung einflußreicher englischer Kreise. Sie erfreute sich der besonderen Gönnerschaft des verstorbenen Lord Rothermere, dieses mächtigen Pressemagnaten, Verlagsleiters der Associated Newspapers Ltd. und Inhabers der Zeitungen „Daily Mail“, „Evening News“ und „Sunday Dispatch“.

Mullally schreibt:

„Vorsätzlich und unverfroren wurden diese mächtigen Propagandainstrumente für das extravaganteste Lob der Schwarzhemdenbewegung ausgenutzt.“ (S. 56.)

Aber außer der Unterstützung durch die Presse brauchte die faschistische Bewegung noch Geld, das Mosley zwecks Verbreitung der zersetzenden faschistischen Ideen von einigen angesehenen englischen Industriellen zur Verfügung gestellt bekam. Ende 1936 erklärte Mosley einem Vertreter des „Giornale d’Italia“, daß er von englischen Geschäftleuten unterstützt werde, und daß „... eine Anzahl von Industriellen im Norden, die seine Bewegung aus Furcht vor dem Boykott im Handel heimlich unterstützten, jetzt offen erklärt hätten, sie stünden auf Seiten der Faschisten.“

Und weiter schreibt Mullally:

„Die Industriellen hatten allen Grund, für Mosleys Tätigkeit eingenommen zu sein... Zunächst einmal war die B. U. F. ein Bollwerk gegen den Sozialismus und Kommunismus, zweitens hatte sie es unternommen, die Macht der organisierten Arbeiter durch die Vernichtung ihrer Gewerkschaften, durch die Entziehung des Streikrechts und durch ihre Unterwerfung unter die Diktatur

eines korporativen Staates zu brechen. In den Augen der Industriellen genügten diese beiden Dinge, um Mosley mit einer Aureole zu umgeben.“ (S. 61.)

Unter den Jüngern Mosleys fanden sich auch abenteuerlich und profaschistisch gesinnte Offiziere a. D. aus der britischen Armee, so der bekannte, mit dem Faschismus liebäugelnde Militärtheoretiker Generalmajor Fuller. Hierüber schreibt Mullally:

„Die B. U. F. konnte ihnen... volle Beschäftigung in einer Bewegung bieten, die ihnen mehr Nervenkitzel verschaffte als die Armee in Friedenszeiten... Vielleicht war es diese Seite des Faschismus, durch die sich so viele hohe Offiziere a. D. — Leute wie Generalmajor J. F. C. Fuller und Oberstleutnant H. E. Crocker — von der B. U. F. angezogen fühlten.“ (S. 63.)

Nachdem Mosley sich die Unterstützung der reaktionären Presse und die materielle Hilfe der Großindustriellen gesichert hatte, glaubte er, es sei nun an der Zeit, sich mit der Mitgliederwerbung unter der Jugend zu befassen. Zu diesem Zweck wurde die Föderation britischer faschistischer Universitätsassoziationen (British University Fascist Associations) unter der Leitung D. R. Stuckeys, eines Rechtsanwalts und Absolventen des Oriel College in Oxford, gegründet. Der Zweck der Föderation war die Schaffung von Zweigstellen in den 26 Universitäten Englands. Im Jahre 1938 bestanden derartige Assoziationen bereits in Oxford, Cambridge, Bristol, London, Sheffield und Manchester.

Mosley eiferte Hitler und Mussolini nach. Wie sie schmückte er seine chauvinistische Propaganda mit demagogischen Lösungen aus. Diese Propaganda sowie die Unterstützung einflußreicher Presseorgane und das Vorhandensein ansehnlicher Finanzen führte dazu, daß die von Mosley aus verschiedenen deklassierten Elementen gebildete faschistische Organisation rasch anwuchs. Hierüber heißt es:

„Sie strömten ihm... zu, die lendenlahmen, erbitterten kleinen Antisemiten, die sauertöpfischen Intellektuellen der Rechten, die mißbratenen Renegaten des linken Flügels, die flaggen schwingenden Matronen aus dem Mittelstand, die hohlköpfigen, hartfäustigen Studenten und Schüler, die politisierenden Katholiken, die abgedankten Unteroffiziere und Offiziere vom KZ-Kaliber.“ (S. 25.)

Bald begann die B. U. F. ziemlich stark besuchte Versammlungen abzuhalten, zu denen Trupps von Schwarzhemden aus anderen Orten herbeigerufen wurden, um den Eindruck einer Massenbewegung zu erwecken.

Die Versammlungen waren stets von allen möglichen Provokationen, Gewalttaten und Terrorakten begleitet. Die faschistischen Radauhelden machten gewöhnlich von der Waffe

Gebrauch. Wer den Redner zu kritisieren wagte, der wurde verprügelt.

Der Verfasser bemerkte, daß die Polizei die faschistischen Rowdys gewöhnlich schützte und ihnen Vorschub leistete.

Nach einer blutigen Prügelei, die die Faschisten am 7. Juni 1934 während einer Kundgebung im Londoner Olympiahaus veranstalteten, lehnte der Innenminister es ab, eine offizielle Untersuchung einzuleiten. Konservative Parlamentsmitglieder setzten sich für die Faschisten ein. Hierüber schreibt Mullally:

„Die Nachsicht des Innenministeriums fand damals in den Magistratsgerichten Widerhall. Alle an jenem Abend wegen Überfalls verhafteten Antifaschisten erhielten eine Geld- oder Haftstrafe. Die Faschisten aber gingen frei aus oder bekamen Bewährungsfrist.“ (S. 48/49.)

Frederic Mullally läßt die einflußreichen Gönnner Mosleys ungenannt. Er bemerkte:

„... nur wer Einsicht in die vertraulichen Dokumente der B. U. F. erhält, kann mehr über die Persönlichkeiten sagen, die im Fall eines Sieges der Faschisten in England ihrer Union zu Schmuck und Zier gereicht hätten.“ (S. 64.)

In letzter Zeit ist jedoch so manches bekanntgeworden. Zahlreiche Namen sind in den Dokumenten des Nürnberger Prozesses erwähnt. In dem Bericht, den Dr. Albert Haushofer am 12. Mai 1941 Hitler einreichte und der die Überschrift „Verbindungen in England und Möglichkeiten ihrer Ausnutzung“ trägt, sind diejenigen führenden Männer Englands genannt, auf die Heß rechnete, als er seinen Flug antrat. In seiner Liste steht an erster Stelle der Duke of Hamilton, dann kommt Lord Dunglass, parlamentarischer Privatsekretär des Premierministers Neville Chamberlain; weiter Harold Balfour, Unterstaatssekretär für das Flugwesen in der Churchillregierung; Kenneth Lindsay, ehemaliger Unterstaatssekretär für das Bildungswesen, sowie Hauptmann Henry Scrymgeour-Wedderburn. Dies ist die sogenannte Gruppe junger Konservativer. Der Herzog von Hamilton war ihr Mittler gegenüber einflußreichen Vertretern der älteren Generation der Konservativen — dem Earl of Derby, Oliver Stanley, dem Kolonialsekretär in Churchills Interimsregierung, und den Astors.

Fast alle diese Leute hatten Verbindung zu Lord Halifax, dem englischen Exbotschafter in den USA, zu dem auch Haushofer enge Beziehungen unterhielt. Auch einige angesehene Beamte des Außenministeriums hatte Haushofer auf der Liste der Personen, auf die sich die deutschen Faschisten in England zu stützen gedachten.

Mosley und seine Helfershelfer unterhielten enge Verbindungen zu Nazideutschland und

zum faschistischen Italien. Mosley selbst pilgerte wiederholt nach Berlin und Rom. Er stand in freundschaftlichem Briefwechsel mit führenden Hitlerfaschisten, namentlich mit Julius Streicher. Mullally schreibt:

„Die faschistische Brutalität begann auch in England Fuß zu fassen. Sie wuchs und gedieh ungehindert... Gegen Juni 1934 wurde sie mit einer arrogante Selbstsicherheit ausgeübt, die derjenigen glich, mit der Mussolini seinen Marsch nach Rom, Hitler seinen Münchener Putsch planten.“ (S. 32.)

Mit schweigender Billigung der Regierung rüstete Mosley zur Machtergreifung, und wenn die Pläne der englischen Faschisten nicht in Erfüllung gingen, so vor allem deshalb, weil die breiten Massen des englischen Volkes sich gegen den Faschismus zur Wehr setzten. Der Verfasser schildert große antifaschistische Aktionen der Jahre 1934—1936 in London, so die eindrucksvolle Demonstration des Londoner Ostens am 4. Oktober 1936, die den aufmarschierenden Faschisten den Weg versperzte.

„Mosley marschierte nicht. Hier, in dem friedfertigen Vorkriegsengland, in dem Beaverbrooks Isolationismus und Chamberlains Unfähigkeit den Ton angaben, schlugen die Herzen der Arbeiterklasse in wütendem Haß gegen die Faschisten. Sie schlugen für die Kameraden in Spanien, die zur selben Zeit einen Todeskampf gegen Francos Mauren, Mussolinis faschistische Divisionen und Görings Luftwaffe führten. Von ihren republikanischen Kameraden entlehnten sie die ruhmreiche Parole „Sie kommen nicht durch“ und schleuderten sie Mosleys 7000 gedrillten Schwarzhemden und der gesamten Londoner Polizei ins Gesicht.“ (S. 74.)

Nach seiner Niederlage in London fuhr Mosley nach Berlin, um Rats zu pflegen. Damals ballten sich bereits die Wolken des Krieges über Europa zusammen. Die Kräfte des Faschismus in der ganzen Welt schickten sich an, der Demokratie Fehde anzusagen. Hierauf setzte Mosley seine Hoffnungen. Während der Münchener Krise unterstützte er die Befriedungspolitik, indem er eine Kampagne für die Nichteinmischung Englands in die europäischen Angelegenheiten vom Stapel ließ. Chamberlains Gang nach München stellte Mosley in seiner Agitation als einen „Akt des Muts und des gesunden Menschenverstandes“ hin. Er versicherte, Hitler habe nicht die Absicht, das Britische Reich anzugreifen. Als aber der Krieg ausbrach, agitierten Mosley und seine Gesinnungsgenossen für eine Einigung mit Hitler. Mosley rief dazu auf, den Krieg mit Nazideutschland „um jeden Preis“ einzustellen und sich gegen die Sowjetunion zu wenden.

Fast das ganze erste Kriegsjahr hindurch konnte Mosley diese Agitation ungehindert betreiben. Erst im Mai 1940, kurz vor Dünkirchen, ließ das britische Innenministerium Mosley und einige seiner bekanntesten Helfer internieren. Die

meisten Mitglieder der B. U. F. aber wurden auf freiem Fuß belassen. Sie halfen dem Feind. Die englischen Faschisten betrieben Spionage, Sabotage und Diversions. Sie gaben den deutschen Flugzeugen Signale und ließen den Nazis durch neutrale Länder militärische Informationen zu kommen. Wer von den Mitgliedern der B. U. F. den britischen Streitkräften beitreten durfte und später in Gefangenschaft geriet, trug den Hitlerbehörden seine Dienste als Propagandist oder als Mitglied des von den deutschen Faschisten geschaffenen sogenannten britischen Freikorps an. Einige von ihnen traten den SS-Truppen bei.

Frederic Mullally fordert auf, aus dem Verrat der Mosley-Anhänger eine Lehre zu ziehen. Er schreibt:

„Sie haben uns gelehrt, daß es Engländer gibt, die die Demokratie derartig verachten, daß sie nicht zögern, ihr Land an eine fremde Macht zu verkaufen... Sie und ihre Partner in anderen Ländern Europas haben durch ihre Taten bestätigt, was uns sechs Jahre bitterer Leiden bereits gelehrt haben: daß in der schwarzen Seele eines Faschisten für Patriotismus, Ehre, Mitleid oder Reue kein Raum ist.“ (S. 83.)

Das letzte Kapitel des vorliegenden Buches behandelt einige Momente des Nachkriegslebens in England. Der Verfasser erinnert daran, daß der erst vor kurzem zu Ende gegangene Krieg ein Krieg gegen den Faschismus war und daß die vereinten Nationen sich feierlich verpflichtet haben, den Faschismus auszurotten.

„Hätte jemand während der Schlacht von, sagen wir, El Alamein oder Stalingrad gesagt, er glaube, der Faschismus würde im Nachkriegsengland als eine organisierte politische Macht wieder auferstehen, so hätte er sich lächerlich gemacht, wenn nicht sogar einen Gewaltakt zu gewärtigen gehabt. Inmitten der Ungewißheiten und Wechselseitigkeiten des Krieges haben wir geglaubt, daß eins feststeht, nämlich daß der Faschismus in England abgetan ist, und daß es kein ‚Zurück‘ mehr geben kann.“ (S. 84.)

Diese Prognose hat sich als zu optimistisch erwiesen. Bekanntlich sind Mosley und andere Faschisten nach Kriegsende freigelassen worden und haben ihr schändliches Handwerk wiederaufgenommen. Wieder sind Organisationen faschistischen Typs auf der Bildfläche Englands erschienen. Mullally schreibt:

„Wir wollen doch eins ganz klar verstehen: der Faschismus trifft umfangreiche Vorbereitungen zur ‚Rückkehr‘ in dieses Land. Er wird im geeigneten Moment hervortreten und von da ab mit allen greifbaren Waffen kämpfen, um die Demokratie zu vernichten und einer faschistischen Diktatur zum Triumph zu verhelfen.“ (S. 87.)

Als Mullally das Buch schrieb, konnte er von vielen jetzt bereits bekannten Tatsachen, die für eine Wiederaufnahme der faschistischen Umtriebe in England zeugen, noch nichts wissen. Mosley

hat die B. U. F. als „Mosleyverlag“ (Mosley Publications, Ltd.) wieder auferstehen lassen. Dieser Verlag gibt allmonatlich das Bulletin „Mosley Newsletter“ heraus, das eine wüste faschistische Propaganda und Antisowjetische betreibt. Immer neue faschistische Organisationen entstehen in England. Im Frühjahr 1946 nahm die Britische Aktionsliga der Vigilanten (British Vigilantes Action League) ihre Tätigkeit wieder auf, die 1939 aufgelöste Faschistische Reichsliga begann erneut zu funktionieren. Im Jahre 1946 kam die profaschistische Kampfunion für den Frieden (Peace Pledge Union) aus der Versenkung hervor. Die britische Volkspartei (British People's Party) ist unter der Führung des Herzogs von Bedford wieder auferstanden.

Alle diese faschistischen Organisationen haben einflußreiche Gönner, vor allem werden sie von der seit 1933 bestehenden (1942 in ein Komitee umgetauften) Gruppe für imperiale Politik (Imperial Policy Group) tatkräftig unterstützt, die sich aus imperialistischen Kolonialpolitikern zusammensetzt. Die englischen Faschisten knüpfen ihre alten Verbindungen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes wieder an. Man versucht, die verschiedenen faschistischen Organisationen in einer Partei zu vereinen. Die Anführer zweier faschistischer Organisationen — der Britischen Freiheitsunion (Union for British Freedom) und der Söhne des Heiligen Georg (Sons of St. George) — haben ihren Zusammenschluß bereits vereinbart.

Die faschistischen Organisationen in England besitzen keine Massenbasis. Alle Gruppen und Gruppen (auch die nicht aufgezählten) schöpfen ihre Kader hauptsächlich aus dem Anhang Mosleys und aus der B. U. F. Trotzdem stellen die englischen Faschisten eine gewisse potentielle Gefahr dar, besonders wenn man in Betracht zieht, daß ihre zunehmende Aktivität bei den Behörden auf keinerlei Widerstand stößt. A. J. Cummings, ein Beobachter der „News Chronicle“, wies kürzlich auf das Wachstum der faschistischen und der ihnen verwandten Organisationen in England hin und schrieb:

„Sie nehmen an Umfang, Unternehmungslust und Schlagkraft zu. Keine demokratische Regierung kann es sich leisten, ihrer Aktivität gleichmütig zuzusehen.“

Unter dem Druck der Öffentlichkeit wurde die Aktivierung der englischen Faschisten wiederholt im Parlament besprochen. Der Labourabgeordnete H. L. Austin erklärte kürzlich im Unterhaus, Mosley und seine Anhänger besäßen Maschinengewehre und Handgranaten und legten eine verdächtige Aktivität an den Tag. Austin fragte an, ob das Innenministerium irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen gedenke. George Oliver,

Unterstaatssekretär für innere Angelegenheiten, antwortete, seiner Ansicht nach brauche man der Tätigkeit der faschistischen Gruppen keinerlei Bedeutung beizumessen. Solche beschwichtigende Erklärungen können die demokratische Offenlichkeit Englands nicht befriedigen. Sie fordert wirksame Maßnahmen gegen die verbrecherische Tätigkeit der faschistischen Organisationen. „Reynold's News“ schreibt:

„Wir sind nicht der Ansicht, daß die Faschisten befugt sind, die politischen Rechte zu prostituiieren, die sie verachten und zu vernichten planen. Wir meinen, die Agitation des Rassenhasses sollte als Verbrechen gelten. Wir meinen, daß ein demokratisches Volk die Pflicht hat, sich vor einer abscheulichen Lehre zu schützen, die Mord und Zerstörung über die Welt verbreitet hat und die nur um den Preis von Millionen Menschenleben zunichte gemacht wurde.“

Auch Frederic Mullally ruft in seinem Buch zum Schutz der Demokratie gegen ihren schlimmsten und gefährlichsten Feind auf. Er schreibt, keine wirksame Maßnahmen ergreifen hieße,

„... die Millionen zu beschimpfen und zu verraten, die während des Krieges und in den Jahren vorher im Kampf gegen den Faschismus gefallen sind, es hieße, sich mit gleichgültigem Achselzucken von den teuflischen Untaten von Belsen und Buchenwald abzuwenden, von dem Andenken an 6 Millionen unschuldiger Männer, Frauen und Kinder, die auf dem Hochaltar des Faschismus Viehisch hingemordet wurden. Diejenigen, die im Krieg gegen den Faschismus ihr Leben hingegeben haben, glaubten, die Welt würde durch ihr Opfer für alle Zeiten von dem Übel des Faschismus gesäubert. Schon allein aus Treue zu unseren gefallenen Kameraden und Nächsten ist es unsere Pflicht, den Faschismus, wo immer er sein scheußliches Haupt erhebt, ernst zu nehmen.“ (S. 87.)

Zwischen den beiden Kriegen haben die konservativen Regierungen in England die faschistischen Organisationen unentwegt begönnert. Obwohl England nun seit fast zwei Jahren eine Labourregierung hat, ist der Faschismus dort nicht nur nicht ausgerottet, sondern er hat Gelegenheit, in ungehinderter Tätigkeit um sich zu greifen, was natürlich den Frieden und die Völkersicherheit bedroht.

#### AUS DEM BRIEFKASTEN DER REDAKTION

## Melville Murray auf der Suche nach der Wahrheit

IN ENGLISCHER LESER unserer Zeitschrift, Mr. Melville Murray, hat uns seinen Briefwechsel mit der BBC über einige Sendungen dieser Rundfunkgesellschaft zugesandt. Mr. Murray, einer von den vielen Millionen Menschen in der ganzen Welt, die täglich diesen Sendungen lauschen, hat sich sozusagen aufgemacht, die Wahrheit zu suchen.

Er war aufrichtig entrüstet darüber, daß die BBC Amerikaner zu Worte kommen läßt, die so genannte „amerikanische Kommentare“ geben, in denen die Außenpolitik der Sowjetunion falsch dargestellt wird, während die andere Seite, die Sowjetunion, keine Gelegenheit hat, sich zu äußern. Mr. Murray war der festen Überzeugung, daß die Prinzipien der Pressefreiheit und Demokratie, für die die BBC so viel Reklame macht, auch für sie selbst bindend seien. Als er aber in all seiner Biederkeit auf die rauhe Wirklichkeit

stieß, erlebte er eine schwere Enttäuschung. Schließlich wandte er sich an unsere Redaktion und schrieb:

„Ich sende Ihnen anbei meinen Briefwechsel ohne jeden Kommentar, möchte einen solchen aber gern erhalten, entweder direkt oder in den Spalten Ihrer Zeitschrift.“

Auf diese Bitte Mr. Murrays bringen wir hier im wesentlichen seine Korrespondenz, die sowohl für unsere Leser in der Sowjetunion als auch im Ausland zweifellos von Interesse ist.

Der Briefwechsel begann vor über einem Jahr. Das erste an die BBC gerichtete Schreiben datiert vom 7. Februar 1946. Es lautet:

„Ich habe soeben den „amerikanischen Kommentaren“ gelauscht, einer Sendung im Rahmen der langen, ununterbrochenen Serien, in denen dem englischen Publikum der amerikanische Standpunkt zu den aktuellen Ereignissen in der Darstellung eines Bürgers der USA auseinandergesetzt wird.“

Der Redner, den wir heute abend hörten, Mr. Clifton Utley, äußerte Ansichten, die die Außenpolitik der Sowjetunion vielleicht entstellen, vielleicht auch nicht.

Da wir uns unseres Gerechtigkeitssinns (sense of fair play) rühmen, hätte ich gern gewußt, ob die BBC die Möglichkeiten, deren sich einer unserer großen Verbündeten — die USA — erfreut, auch dem anderen bieten wird. Ich neinte natürlich an, daß die Russen einen Publizisten finden könnten, der des Englischen mächtig ist.“

Die Britische Rundfunkgesellschaft hielt mit der Antwort nicht hinter dem Berge. Am 16. Februar v. J. erhielt Mr. Murray von Direktor M. G. Farquharson die tadellos höfliche Antwort:

„Mr. Utley ist ein amerikanischer Kommentator, den die BBC schon vor einiger Zeit gebeten hat, den englischen Hörern eine getreue Schilderung davon zu geben, was man in den USA denkt und tut. Die BBC hatte keine Veranlassung, die Ansichten zu unterdrücken, die er in der erwähnten Sendung über landläufige amerikanische Auffassungen gab.“

Was den letzten Absatz Ihres Schreibens betrifft, so sind unsere Bitten um Zulassung eines eigenen Korrespondenten in Moskau bisher erfolglos geblieben, obwohl sie mehrere Jahre lang wiederholt und forciert worden sind.“

Diese ausweichende Antwort befriedigte Mr. Murray nicht. Etwas gereizt und nun schon ohne alle Umschweife gibt er in dem folgenden Brief an Farquharson eine Einschätzung der Rede des amerikanischen BBC-Kommentators. Er schreibt:

„Mr. Utleys „getreue Schilderung“, die, obwohl sie vielleicht wirklich wiedergab, was gewisse Schichten von Amerikanern denken und tun, bildete nichtsdestoweniger eine Entstellung der von der Sowjetunion betriebenen Außenpolitik, wie Millionen in unserem Lande und zweifellos auch in den USA sie auffassen. Sie konnte nichts anderes bewirken und nichts anderes bezeichnen, als die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion zu verschlechtern.“

Wie dem auch sei, Sie haben mir meine Frage nicht beantwortet, u. zw:

Mr. Clifton Utley ist ein Staatsbürger der USA, der von Amerika aus im Rundfunk spricht und frei in unserem Land höchst kritische Meinungen über die Regierung der Sowjetunion verbreitet.

Ist aus Ihrer Antwort zu entnehmen, daß die Regierung der Sowjetunion der BBC nicht gestattet hat, mit einem Sowjetbürger in der Sowjetunion eine Vereinbarung zu treffen, damit er den britischen Hörern eine getreue Schilderung dessen gibt, was man in der Sowjetunion denkt und tut?“

Die nächste Antwort des BBC-Direktors war etwas weniger höflich, aber nicht minder ausweichend als sein erster Brief. Es heißt dort:

„Die „amerikanischen Kommentare“ sind eine Serie allwöchentlicher Berichte von Amerikanern, die von der BBC aufgefordert wurden, die englischen Hörer über die Vorgänge in den USA zu informieren. Die BBC ist darauf bedacht, sobald als möglich ebensolche Sendungen aus der Sowjetunion in die Wege zu leiten.“

Es war klar, daß der BBC-Direktor einer Antwort auf die ihm direkt gestellten Fragen ausweichen wollte. Mr. Murray versuchte daher, anders auf die BBC einzuwirken und die Möglichkeiten auszunutzen, die die englische Parlamentsdemokratie den Wählern bietet, und so wandte er sich denn an den Parlamentsabgeordneten Tom Driburg. In seinem Brief zitierte er die Sendungen zweier amerikanischer BBC-Kommentatoren, die dem englischen Volk ihre Ansichten über aktuelle Ereignisse darlegten, und bat, „eine der folgenden Anfragen oder alle beide“ im Unterhaus zu stellen:

„1. Sind die erwähnten Möglichkeiten, deren sich einer unserer großen Verbündeten — die USA — erfreut, auch dem anderen — der Sowjetunion — geboten worden?“

2. Ist es mit unserem vielgerührten Gerechtigkeitssinn zu vereinbaren oder ist es dazu angetan, die guten Beziehungen zwischen den „Großen Drei“ zu fördern, wenn den USA erlaubt wird, unser Rundfunknetz für höchst polemische Kommentare zur Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion zu benutzen, ohne daß die letztere ein Recht hat, auf dem gleichen Wege zu antworten?“

Driburg interessierte sich für den Vorschlag Mr. Murrays, er beantwortete sein Schreiben und erfüllte seinen Wunsch. In einer Sitzung des Unterhauses fragte er an, ob die Regierung die Kritik beachtet habe, die amerikanische BBC-Kommentatoren in ihren jüngsten Rundfunkreden an der Sowjetunion geübt haben, und ob sie die BBC anzuweisen gedenke, Kommentatoren der Sowjetunion die gleichen Möglichkeiten zu bieten.

Mr. Burke, der stellvertretende Generalpostmeister von England, antwortete Driburg, „die Auswahl der Redner und Themen ist Sache der Rundfunkgesellschaft selbst“. Trotzdem meinte Mr. Burke versprechen zu dürfen, daß die Gesellschaft auf Wunsch und nach Möglichkeit ähnliche Kommentare auch aus anderen Ländern senden würde.

Mr. Driburg ergriff nochmals das Wort und wies darauf hin, wie unerwünscht aggressive Sendungen gegen die Sowjetunion seien, die als englisch-amerikanische Antisowjetkampagne aufgefaßt werden könnten, besonders wenn Sowjetrednern keine Möglichkeit zu entsprechenden Rundfunkreden geboten werde.

Mr. Burke antwortete, er sei überzeugt, die BBC würde mit Rußland gern ein ähnliches Abkommen wie mit den USA treffen, sie habe dies schon vor einiger Zeit versucht.

Als der unermüdliche Mr. Murray von dieser inhaltsreichen Polemik im Unterhaus erfuhr, wartete er eine Zeitlang — etwa bis November — auf BBC-Kommentare mit der Stellungnahme der Sowjetunion zu internationalen Fragen. Aber o weh, die BBC-Kommentatoren schmähten die

Sowjetunion und die Sowjetpolitik weiter, ohne daß die Gegenseite zu Worte kam. Das ehrliche demokratische Herz Mr. Murrays litt das nicht. Er beschloß festzustellen, was die BBC unternommen habe, um die Ansichten der Sowjetunion zu Gehör zu bringen, und warum diese nicht zustande gekommen seien. Er fragte bei der Sowjetbotschaft an, ob die BBC wirklich erfolglose Versuche zur Organisierung von Sowjetsendungen unternommen habe und erfuhr aus der Antwort des Botschafters, daß derartige Versuche gar nicht gemacht worden sind.

Mit echt englischer Hartnäckigkeit schrieb Mr. Murray wieder an die BBC. Am 12. Dezember v. J. antwortete ihm Direktor Farquharson und gab unzweideutig zu verstehen, daß er den Wunsch des englischen Höfers nach objektiven Informationen über die Sowjetunion für hoffnungslos naiv halte. Nachstehend der Wortlaut seines Briefes:

„Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 1. Dezember teilen wir Ihnen mit, daß in bezug auf Rußland alles beim alten bleibt. Die BBC ist weiter bestrebt, einen eigenen unabhängigen Korrespondenten nach Moskau zu entsenden, kann aber keine Genehmigung dazu erhalten... In bezug auf Mr. Joseph Harsch und Mr. Clifton Utley scheinen Sie außer acht zu lassen, daß diese nicht Regierungsberichter oder offizielle Apologeten sind, sondern angesehene unabhängige USA-Kommentatoren, denen es freisteht, am Rundfunk genau das auszusprechen, was sie über die öffentlichen Angelegenheiten in den USA denken, ob das für die dortige Regierung nun günstig oder ungünstig ist. Es wäre daher schwer zu sagen, ob sich solche Leute auch in der Sowjetunion finden lassen.“

**Mr. Murray**, dessen Gerechtigkeitssinn, wie wir gesehen haben, bereits auf eine ernste Probe gestellt wurde, begriff, warum Direktor Farquharson den heuchlerischen Versuch unternahm, eine Frage gegen die andere zu vertauschen. Deshalb wandte er sich nochmals an den Abgeordneten Driburg und schrieb:

„Ich schrieb Ihnen am 3. Dezember und sandte Ihnen die Kopie eines Briefes des Sowjetbotschafters. Anbei Kopie der Antwort der BBC auf meine Anfrage, was sie daran hindere, russische Kommentatoren ausfindig zu machen, die den amerikanischen Kommentatoren Clifton Utley und Joseph Harsch entsprächen.“

Die BBC gibt nicht an, was sie unternommen hat, um „die Erlaubnis zu erhalten“ (dem Sowjetbotschafter ist nichts über derartige Bemühungen bekannt), und ich kann nur erraten, was sie meint, wenn sie von einem „unabhängigen Korrespondenten“ spricht.

Was jedoch völlig klar zu sein scheint, ist, daß die BBC sich in den Kopf gesetzt hat, in der Sowjetunion gebe es keine „unabhängige“ Persönlichkeit. Wozu tut man also, als ob man eine solche suche?“

Der BBC schrieb Mr. Murray am 18. Dezember v. J. mit unverhüllter Entrüstung, er habe aus ihren Versicherungen und aus den in ihrem

Namen im Unterhaus abgegebenen Erklärungen entnommen, die BBC sei

„... weiter gegangen, als ‚bestrebt zu sein, so bald als möglich etwas in die Wege zu leiten‘ oder ‚dem Wunsch Rechnung zu tragen‘, Sowjetkommentare einzuführen... Solche seelische Prozesse gelangen, wenn entsprechende Handlungen ausbleiben, natürlich nicht zur Kenntnis der Botschaft.“

Anscheinend übersieht man hier, daß ich, und ich bin überzeugt, noch viele andere, nicht Vertreter der Sowjetregierung oder offizielle Apologeten im Auge haben, sondern Leute, die den englischen Rundfunkhören eine getreue Darstellung nicht ihrer eigenen Gedanken und Wünsche, sondern dessen geben können, was man in der Sowjetunion wirklich denkt und tut.

Behaupten Sie, daß die BBC nicht die Genehmigung erhält, hierfür zwei Sowjetbürger zu verpflichten, die nicht mehr als die beiden Amerikaner ideologischem oder vom Staat aufgerichtetem Tabu unterworfen wären?“

Auf diese direkte Frage erfolgte folgende lakonische Antwort der BBC:

„Ich bestätige dankend Ihr Schreiben vom 18. Dezember mit den Beilagen, fürchte aber, meinem früheren Antwortschreiben vom 12. Dezember nichts hinzufügen zu können.“

Aber selbst als Mr. Murray sich endgültig davon überzeugt hatte, daß er vor einer unübersteigbaren Mauer stand, streckte er die Waffen nicht. Er machte noch einen Versuch, diesmal bei der Presse, und sandte seinen ganzen Briefwechsel dem Redakteur der bekannten linken Wochenschrift „New Statesman and Nation“ mit folgendem Begleitschreiben:

„Die beigelegte Korrespondenz betrifft eine Frage, die meiner Ansicht nach von öffentlicher Bedeutung ist. Es ist im Grunde genommen dieselbe, die gegenwärtig in der ganzen Welt Streitigkeiten und Unstimmigkeiten hervorruft.“

Falls Sie meine Ansicht teilen, unternehmen Sie bitte alles, was in Ihrer Macht steht. Falls nicht, wäre ich Ihnen für die Rücksendung der Beilagen verbunden.“

Die Antwort war kurz und bündig wie die Frage. Am 3. Januar d. J. erhielt Mr. Murray seinen Briefwechsel mit einem Begleitschreiben des Sekretärs der Redaktion zurück:

„Der Redakteur hat mich gebeten, Ihnen für den Einblick in den Briefwechsel über die ‚amerikanischen Kommentare‘ zu danken. Ich fürchte jedoch, daß er kaum irgendwelche aktiven Schritte in dieser Angelegenheit unternommen kann, und sende Ihnen Ihren Briefwechsel anbei zurück.“

Seinen letzten Brief richtete Mr. Murray an den bekannten progressiven Politiker D. N. Pritt. Auf seiner Suche nach der Wahrheit hatte Mr. Murray sich offenbar schon früher an ihn gewandt. Jetzt schreibt er:

„Im Februar v. J. habe ich mit Ihnen über das Thema des beiliegenden Briefwechsels korrespondiert, und Sie möchten vielleicht wissen, was aus der Sache geworden ist.“

Ich weiß eine Demokratie sehr zu schätzen, bei der eine so große Gesellschaft wie die BBC sich zu einem Briefwechsel mit einer so unscheinbaren Person wie ich herbeiläßt. Mein praktisches Denken verlangt aber — mag das auch unvernünftig sein — etwas mehr als noch so höfliche Worte..."

Der BBC-Direktor hält Mr. Murray sicher für einen lästigen, überspannten Menschen. Wir aber können in dem hartnäckigen Suchen des englischen Rundfunkhörers nach Gerechtigkeit nur einen Ausdruck der Gedanken und Gefühle vieler einfacher Menschen in England erblicken, die von der tendenziösen, gegen die Sowjetunion gerichteten BBC-Propaganda abgestoßen werden.

Mr. Murray, dem man schon auf der Schulbank einzutrichtern suchte, daß die englische Demokratie die beste der Welt und die englische

Presse- und Redefreiheit die idealste der Welt sei, konnte sich aus eigener Erfahrung von der äußersten Begrenztheit der demokratischen Freiheiten in England überzeugen. In dem geschilderten Fall hat sich z. B. gezeigt, daß diese Freiheiten praktisch dort ein Ende haben, wo es sich um eine wahrheitsgetreue Darlegung der Politik der Sowjetunion und der Lebensweise des Sowjetvolkes handelt.

Mr. Murray wünscht, von uns Kommentare zu seinem Briefwechsel mit der BBC zu erhalten. Eine einfache Schilderung der Tatsachen ist in diesem Falle aber besser als jeder Kommentar, da sie eine äußerst beredte Sprache sprechen.

N. SERGEJEW

#### 17. März

Auf Ansuchen der englischen Regierung wird eine Karabinieri- und Polizeiabteilung in die ehemalige italienische Kolonie Erythräa entsandt.

#### 18. März

W. M. Molotow wird zum Ehrenbürger von Cluj, der Hauptstadt Transsylvaniens, ernannt.

Generalleutnant F. I. Golikow, Bevollmächtigter des Ministerrats der UdSSR für die Repatriierung, erklärt einem TASS-Vertreter gegenüber, daß die Rückführung der italienischen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion im Dezember 1946 beendet wurde.

#### 19. März

Unterzeichnung eines finno-französischen Handelsvertrags in Paris.

#### 20. März

Im Außenministerrat wird die Aussprache über den Bericht des Kontrollrats für Deutschland — Abschnitt: ökonomische Prinzipien und Reparationen — fortgesetzt. A. J. Wyschinski berichtet im Namen der Sonderbeauftragten für die Ausarbeitung des Friedensvertrags mit Deutschland über die bei der Vorbereitung des Vertrags zu beachtende Prozedur.

## CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

### März 1947

Im Sicherheitsrat beginnt die Aussprache über den Bericht eines aus Vertretern Polens, Kolumbiens und Australiens bestehenden Unterausschusses über den Zwischenfall im Kanal von Korfu.

In Saloniki wird Johann Zevgos, ehemaliger Landwirtschaftsminister, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands, von Faschisten ermordet.

#### 21. März

Der Außenministerrat erörtert den Bericht über den Stand der Arbeit der Sonderbeauftragten für die Vorbereitung des Vertragsentwurfs für Österreich und tritt in die Beratung über die Frage der provisorischen politischen Organisation Deutschlands ein.

Rede des Sowjetdelegierten A. A. Gromyko in der Sitzung des Sicherheitsrats über den Zwischenfall im Kanal von Korfu.

Die in England weilende Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR besucht Premierminister C. Attlee.

Nach einer Aussprache über den Bericht des Außenministers Masaryk billigt die gesetzgebende Nationalversammlung der Tschechoslowakei einstimmig die Außenpolitik der Regierung.

In der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands wird Reinhold Hub, Mitglied einer Denazifizierungskammer, ermordet.

Die USA und die Philippinen schließen ein Abkommen über gegenseitige militärische Hilfe.

Louis Sailant, Generalsekretär der Weltföderation der Gewerkschaften, trifft zur Untersuchung der politischen und ökonomischen Lage Japans in Tokio ein.

#### 22. März

Als Dankesbezeugung des ganzen rumänischen Volkes für die im Kampf um die Befreiung vom faschistischen Joch und für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Rumäniens erwiesene Hilfe wird Generalissimus J. W. Stalin anlässlich des zweiten Jahrestages der Vereinigung Transsylvaniens mit Rumäniens vom rumänischen Ministerrat der Titel eines rumänischen Ehrenbürgers verliehen.

Fortsetzung der Aussprache des Außenministerrats über die provisorische politische Organisation Deutschlands.

## 23. März

Eröffnung einer Interasiatischen Konferenz in Delhi. Vertreten sind 32 Staaten, darunter die Sowjetrepubliken Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Usbekistan, Kasachstan und Tadzhikistan.

Herstellung von diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Italien.

In 20 Berliner Bezirken finden die Wahlen zu den Bezirksdelegiertenkonferenzen und zu der Stadtkonferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) statt. Die überwiegende Mehrheit der Gewählten sind Anhänger der Gewerkschaftseinheit.

Verhaftung von 30 demokratischen Politikern durch die amerikanischen Besatzungsbehörden in Südkorea.

Die gegen Vietnam (Indochina) vorgehenden französischen Truppen besetzen das Steinkohlenbecken Dong-Trieu.

## 24. März

J. W. Stalin, Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, empfängt

E. Bevin, den Außenminister Großbritanniens.

Im UNO-Sekretariat geht ein Protestschreiben der Führer von 5 griechischen politischen Parteien gegen die englisch-amerikanische Intervention und mit der Forderung nach Schutz der griechischen Souveränität ein.

Ankunft einer Abordnung der zur Untersuchung der Lage in den nördlichen Grenzgebieten Griechenlands eingesetzten Sicherheitsratsskommission in Sofia.

In Tokio findet die erste offizielle Begegnung von japanischen Gewerkschaftsführern mit Louis Sallant, Generalsekretär der Weltföderation der Gewerkschaften, und anderen Mitgliedern der z. Zt. in Japan weilenden Delegation der Weltföderation statt.

## 25. März

Aussprache im Außenministerrat über Prozedurfragen für die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland.

In der Sicherheitsratssitzung wird die englische Resolution, mit der die Verantwortung für den Zwischenfall im Kanal von Korfu der Regierung Albaniens zugeschoben werden sollte, abgelehnt, da sie

nicht die Stimmen aller ständigen Ratsmitglieder auf sich vereinigt.

Holland und die Indonesische Republik unterzeichnen ein Abkommen, das die Schaffung Vereinigter Staaten von Indonesien unter der holländischen Krone vorsieht.

Der wegen Kriegsverbrechen angeklagte hitlerfaschistische Generalfeldmarschall von Rundstedt wird von einem englischen Kriegsgericht freigesprochen.

## 26. März

Im Außenministerrat wird die Aussprache über die für die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland zu beachtende Prozedur fortgesetzt. Der Außenministerrat nimmt ferner den Vorschlag der Sowjetdelegation auf Einladung einer jugoslawischen Delegation zur Ratstagung an, um dieser die Möglichkeit zur Darlegung ihres Standpunktes in bezug auf den österreichischen Vertrag zu geben.

In Moskau trifft eine von Außenminister Karl Gruber geführte österreichische Delegation ein, um den Außenministerrat über Fragen des Vertrags zu beraten. Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs zu beraten.

# VERLAGSANZEIGEN

Die hier angeführten Ausgaben sind in russischer Sprache erschienen, falls nicht anders vermerkt.

## STENOGRAMME DER ÖFFENTLICHEN LEKTIONEN DES UNIONSBUROS FÜR VORLESUNGEN

### Im Druck sind erschienen:

- W. J. AWARIN — *China im Feuer des Bürgerkrieges*. 32 S., Rbl. —,60
- F. J. DEGLAVS — *Lettland auf dem Wege zum Sozialismus*. 24 S., Rbl. —,60
- A. M. JEGOLIN — *Für einen hohen Ideengehalt der Sowjetliteratur*. 24 S., Rbl. —,60
- S. M. KOWALJOW — *Die Intellektuellen im Sowjetstaat*. 40 S., Rbl. —,75
- F. W. KONSTANTINOW — *Über die Rolle der Persönlichkeit und der Volksmassen in der Geschichte*. 40 S., Rbl. —,75
- F. P. KOSCHELJOW — *Das sozialistische Eigentum*. 32 S., Rbl. —,60
- I. M. LEMIN — *Der englisch-amerikanische Block und die englisch-amerikanischen Gegensätze*. 32 S., Rbl. —,60
- N. P. SIDOROW — *Die neue Etappe des Genossenschaftshandels*. 32 S., Rbl. —,60
- M. P. TOLTSCHONOW — *Das Problem der allgemeinen Rüstungsbeschränkung*. 24 S., Rbl. —,60
- I. P. TRAININ — *Zehn Jahre der großen Stalinschen Verfassung*. 32 S., Rbl. —,60

## STAATSVERLAG FÜR SCHÖNE LITERATUR

### Neuerscheinungen:

#### RUSSISCHE KЛАSSISCHE LITERATUR

MAXIM GORKI — *Sämtliche Werke*. Dritte Auflage. Bd. VII. Erzählungen. Schauspiele. (1910—1915.) 584 S., Rbl. 10,—

F. M. DOSTOJEWSKI — *Ausgewählte Werke*. Herausgegeben und mit Anmerkungen versehen von B. W. Tomaschewski. Mit Illustrationen von M. Dobushinski und F. Konstantinow. 484 S., Rbl. 17,—

Inhalt: „Arme Leute“, „Weiße Nächte“, „Das Gut Stepantschikowo und seine Bewohner“, „Schuld und Sühne“ („Raskolnikow“), „Die Sanfte“, „Der Bauer Marei“, „Traum eines lächerlichen Menschen“.

I. A. KRYLOW — *Fabeln*. 256 S., Rbl. 4,—

N. S. LESKOW — *Der eiserne Wille*. Mit einem Nachwort von B. M. Drugow. Illustriert von N. Kusmin. 200 S., Rbl. 5,—

#### ZEITGENÖSSISCHE RUSSISCHE LITERATUR

W. KAWERIN — *Zwei Kapitäne*. Roman in zwei Bänden. 614 S., Rbl. 14,—

#### LITERATUR DER VÖLKER DER UdSSR

KRISTIJONAS DONELAITIS — *Die Jahreszeiten*. Poem. Aus dem Litauischen von D. Brodski. 112 S., Rbl. 6,—

Die erste russische Übersetzung eines Poems des bedeutendsten litauischen Dichters des 18. Jahrhunderts und Mitbegründers der litauischen Literatur. In dem Poem „Die Jahres-

zeiten“ beschreibt der Dichter das Leben des litauischen Volkes unter dem Joch der deutschen Gutsherren.

#### AUSLÄNDISCHE LITERATUR

O'HENRY (W. S. Porter) — *Kohlköpfe und Könige*. Ausgewählte Erzählungen. Aus dem Englischen Herausgegeben von M. F. Laurie. Mit einem Vorwort von T. Silman. 472 S., Rbl. 7,—

A. DUMAS — *Der Graf von Monte Christo*. Aus dem Französischen. Herausgegeben von N. Gall und W. Toper. Bd. I. 688 S., Rbl. 16,—

J. RENARD — *Ausgewählte Werke*. Übersetzt von N. Sharkowa und S. Parnok. Mit einem Nachwort von B. Pesis. 448 S., Rbl. 9,—

#### LITERATURKUNDE

M. SCHAGINIAN — *Taras Schewtschenko*. 360 S., Rbl. 8,—

#### MASSENBIBLIOTHEK

HONORÉ DE BALZAC — *Gobseck*. Übersetzt von K. Loks. 64 S., Rbl. 1,—

MAXIM GORKI — *Tschelkasch. Sechsundzwanzig und eine. Wie ein Mensch geboren ward*. 80 S., Rbl. 1,—

JACK LONDON — *Das weiße Schweigen*. Erzählungen. Aus dem Englischen. 128 S., Rbl. 2,—

A. S. PUSCHKIN — *Dubrowski*. 96 S., Rbl. 1,—

I. S. TURGENJEW — *Die Sänger. Die lebenden Gebeine. Wald und Heide*. 64 S., Rbl. 1,—

DIE **NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

IN ~~verschiedene Sprachen~~

**RUSSISCHER,**

**ENGLISCHER,**

**FRANZÖSISCHER**

**UND**

**DEUTSCHER SPRACHE**

DIE **NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK  
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN  
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN  
LEBENS.

DIE **NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-  
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN  
UND ANDEREN PERSONLICHKEITEN DES ÖFFENT-  
LICHEN LEBENS.